

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitage. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthele, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 23. Verlag: Otto Siller, Berlin N. 28. Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schindlitz, Augustastraße 8 - Redaktionschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 18 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Rundschau. Politische Monatsschau. Rechte und Pflichten im menschlichen Zusammenleben, II. Tarifverträge. — **Allgemeines:** Die »Not des Gewerbes«. Verstaatlichung des Kartographiegewerbes? Hinaus in die Ferne! Orisberichte: Barmen, München. — **Der Lithograph:** Vom Unfuge der Preisausschreiben. Bescheidenheit. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Dessau. — **Feuilleton:** Bekenntnis. Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission.

Der Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für das Jahr 1911 wurde in Nr. 19 des »Korrespondenzblattes« vom 11. Mai erstattet. Alles, was die Gewerkschaftsbewegung und die allgemeine Arbeiterbewegung im vorangegangenen Jahre hindernd oder fördernd beeinflusste und aktiv oder passiv in Anspruch nahm, wird in ihm getreulich wiedergespiegelt.

Einleitend gedenkt der Bericht der wichtigen sozialpolitischen Gesetze, die den Reichstag im Jahre 1911 beschäftigten, und zwar des gescheiterten Arbeitskammergesetzes, sowie des Hausarbeitsgesetzes und des Versicherungsgesetzes für Angestellte, die beide im Herbst 1911 verabschiedet wurden. Das Hausarbeitsgesetz trat bekanntlich am 1. April 1912 bereits in Kraft. Es hat die wichtigste Forderung der Heimarbeiter auf Errichtung von Lohnämtern unerfüllt gelassen. Der Bericht erwartet von dem Gesetz, daß es wesentlich dazu beitragen werde, die Heimarbeiter von der Notwendigkeit der organisierten Selbsthilfe zu überzeugen. Mit dem Wesen und Inhalt des Gesetzes wurden die Kollegen durch Nr. 12 der »Gr. Pr.« bekannt gemacht, während das Versicherungsgesetz für Angestellte in den Nrn. 19 und 20 eingehend besprochen wurde.

Sodann beleuchtet der Bericht das Ergebnis der Reichstagswahlen, die auch für die Gewerkschaften von größter Bedeutung waren. Der Bericht hebt hervor, daß die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstages einen gewissen Schutz gegen die gewerkschaftsfeindlichen Pläne der Regierung und der hinter ihr stehenden industriellen und agrarischen Scharfmacher bietet. In Ermangelung verschärfter Strafbestimmungen oder Ausnahmeesetze versucht die Regierung aber die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel gegen die in Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter um so schärfer anzuwenden. Dadurch trägt sie aber nur in hervorragender Weise dazu bei, immer größere Arbeitermassen in den Organisationen zusammenzuschweißen und den Widerstand und die Opferfreudigkeit der Arbeiterschaft zu steigern.

Der Bericht wirft ferner einen Rückblick auf die vorjährige Studienreise einer Reihe französischer Gewerkschaftsvertreter nach Deutschland, die den Anlaß bildete für die gewaltigen Friedensdemonstrationen in Berlin und Paris.

Diesem Rückblick allgemeiner Natur folgt der Bericht über die eigentliche Tätigkeit der

Generalkommission, in dem die gemeinsam mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine geleistete Vorarbeit zur Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungsvereinigung an erster Stelle steht. Sie soll in Form einer Aktiengesellschaft errichtet werden, deren Aktienkapital je zur Hälfte von den Gewerkschaften und den Genossenschaften aufgebracht werden soll. Die geplanten Unterstützungsvereinigungen werden zur Zeit von sachverständigen Versicherungsmathematikern begutachtet, sodaß die Vereinigung voraussichtlich noch im laufenden Jahre ihre Wirksamkeit beginnen kann. Der gemeinsamen Arbeit der Zentralen der deutschen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung entspringt auch der in Nr. 20 der »Gr. Pr.« wiedergegebene Aufruf zur Bekämpfung der Schäden der Heimarbeiter, der außerdem als Merkblatt in einer Auflage von 1 Million Exemplaren verbreitet werden soll.

Die Anträge auf Gewährung von Zuschüssen oder Übernahme der gesamten Kosten zur Gründung von Arbeitersekretariaten und Anstellung von Gewerkschaftssekretären haben sich nach dem Bericht im Jahre 1911 wiederum vermehrt. Es wird aber darauf hingewiesen, daß derartigen Gesuchen nur in sehr beschränktem Umfange Folge geleistet werden kann. Finanzschwachen Gewerkschaftskartellen wurden jedoch Beihilfen zur Durchführung sozialer Wahlen gewährt und die zur Rechtsauskunft erforderlichen Bücher überlassen. Erhebliche Aufwendungen wurden zur Beschaffung von Versammlungsmöglichkeiten durch Mietung geeigneter Räume gemacht; zum Erwerb von Grundstücken gibt die Generalkommission keine Mittel her.

Die Agitation unter den italienischen Arbeitern erfolgte durch geeignete Agitatoren, die in den Wintermonaten in solchen Bezirken Italiens wirkten, aus denen die stärkste Einwanderung nach Deutschland erfolgt. Ferner wird in München ein Sekretariat zur Auskunftserteilung an italienische Ziegelei- und Bauarbeiter unterhalten und das von der Gewerkschaftszentrale der Schweiz herausgegebene Blatt in italienischer Sprache finanziell unterstützt.

Die Generalkommission nahm neben der Delegation zu der schon erwähnten Friedenskundgebung in Paris an den Gewerkschaftskongressen von Groß-Britannien, der Schweiz und Belgien, sowie an der 7. internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Budapest teil. Ferner war sie auf dem 8. Genossenschaftstage in Leipzig, auf verschiedenen Konferenzen der Gewerkschaftskartelle, auf 15 Generalversammlungen von Zentralverbänden und auf den Konferenzen des Krankenpflegepersonals und der Gasanstaltsarbeiter vertreten.

Die Auflage des »Korrespondenzblattes« betrug Ende 1910 21000, Ende 1911 28400 Exemplare; das italienische Gewerkschaftsorgan »L'Operaio Italiano« hatte im Jahresdurchschnitt 1911 9832 Exemplare, das polnische Blatt »Oswiata« 6678 Exemplare Auflage.

Das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission hat auch im vergangenen Jahre seine Aufgabe, die sich hauptsächlich auf die Sammlung und zweckentsprechende Verwertung von Agitationsmaterial erstreckt, tatkräftig zu erfüllen versucht. Es hat in vielen Fällen Referentinnen, die es mit dem nötigen Material versah, vermittelt und sein Augenmerk besonders darauf gerichtet, Aufklärung über die Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung zu verbreiten und deren Durchführung zu fördern.

Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission, die die geordnete Sammlung von Gesetzgebungsmaterialien, wichtigen Kundgebungen, Anregungen und Erörterungen der Tagespresse, Zeitschriften und Fachblätter durchzuführen hat, entwickelte sich gut. Die Sammlung gliedert sich in 24 Abteilungen, und der gesamte Stoff wird nach mehr als 400 Stichworten eingeordnet. Die Abteilung sucht durch Auszüge, Abschriften und Quellennachweise den gewerkschaftlich und politisch tätigen Genossen die Information möglichst zu erleichtern.

Aus dem Kassenbericht der Generalkommission ergibt sich, daß die Einnahmen einschließlich des aus dem Jahre 1910 übernommenen Bestands von 432870,94 Mark 826346,01 Mk. betragen. Die Ausgaben bezifferten sich auf 383484,30 Mk. Das Vermögen stieg auf 442861,71 Mk. Der Bestand der Streikkasse der Generalkommission sank dagegen infolge der für die Aussperrungen der Kürschner, Tabakarbeiter usw. aufgewendeten Mittel von 149423,88 Mk. Ende 1910 auf 78722,42 Mk. Ende 1911.

Dem Bericht der Generalkommission schließt sich der des Zentralarbeitersekretariats an. Dieses hatte einschließlich der aus den Vorjahren übernommenen Streitsachen insgesamt 3668 Fälle zu bearbeiten, das sind 220 mehr wie 1910. Erledigt wurden im Berichtsjahr 2821 Fälle, sodaß 847 unerledigte Fälle ins neue Jahr übernommen werden mußten. Von den erledigten betrafen 2598 Unfallsachen; davon wurden 887 zugunsten und 1164 zuungunsten der Verletzten entschieden, während in 547 Fällen die Vertretung wegen Aussichtslosigkeit abgelehnt werden mußte. Ferner betrafen 196 erledigte Streifälle Invalidensachen, darunter 7 Berufungen. Von letzteren waren 3 erfolgreich und 4 erfolglos. Von den verbleibenden 189 Revisionen konnte in 37 Fällen die Vertretung aus den gleichen Gründen wie bei den Unfallsachen nicht übernommen werden. Von den vertretenen 152 Revisionen wurde 12 der Versicherungsträger und 70 der Versicherten zurückgewiesen; je 10 Revisionen der Versicherungsträger und der Versicherten wurden stattgegeben; bei 19 Revisionen der Versicherungsträger und bei 27 der Versicherten wurde die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schiedsgericht zurückverwiesen; 1 Revision der Versicherungsträger und 3 der Versicherten wurden zurückgenommen. Endlich waren von der Gesamtzahl der erledigten Streitsachen noch 22 Knappschaftspensionssachen und 5 Zivilsachen. Außerdem erteilte das Sekretariat

noch in 865 Sachen insgesamt 1033 schriftliche Auskünfte.

Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission legt jedenfalls Zeugnis dafür ab, daß sowohl sie selbst als auch die von ihr geschaffenen Einrichtungen im vergangenen Jahre ebenso wie in den Vorjahren rege tätig gewesen sind für die Förderung der Gewerkschaftsbewegung und für die Wahrnehmung der Interessen aller in letzterer zusammenge- schlossenen Arbeiter.

Rundschau.

Einem Gaunerstück ist ein amerikanischer Unternehmer zum Opfer gefallen. Das »Graphische Monatsblatt« unserer amerikanischen Kollegen berichtet darüber: »Ein geriebener Gaunerpaar hat den Präsidenten der amerikanischen Lithographiebesitzer-Union, William Ottmann, um 100,000 Dollars erleichtert. Im vergangenen Jahre wurde Ottmann ein neues Verfahren zur Herstellung lithographischer Platten angeboten, wonach es möglich sein sollte, innerhalb ganz kurzer Zeit farbige Plakate und Etiketten tadellos herzustellen. Mit Hilfe mehrerer Beamten der lithographischen Anstalt untersuchte Ottmann das Verfahren, mit dem Resultat, daß sich bei einigen Verbesserungen große Erfolge erzielen lassen müssen. Es wurden daraufhin 50,000 Dollars sofort ausbezahlt und die Arbeiten fortgesetzt. So wurden Platten vorgezeigt, die in merkwürdiger kurzer Zeit in der Dunkelkammer entstanden sind. Wie Ottmann jetzt behauptet, haben die Platten bereits fertig in der Dunkelkammer gelegen. Nachdem weitere 50,000 Dollar ausgezahlt, damit man auch ja des neuen, Profit abwertenden Verfahrens sicher sei, hatte es das Pärchen eilig, aus Newyork zu verduften, um sich in London häuslich niederzulassen. Der amerikanische Botschafter hat aber bereits einen Haftbefehl in den Händen, um die beiden Gauner festnehmen zu lassen. So werden sich die beiden Herren, Alfred Motley, jr. und Clark A. Miller, vor Newyorker Richtern wegen Betruges zu verantworten haben. Wie die Sache auch verlaufen wird, es zeigt sich wieder einmal die Tatsache, daß dann, wenn Profit in Aussicht steht, Hunderttausende vom Unternehmertum ohne Murren bezahlt werden; den Arbeiter aber, der ein Weniges mehr zur Verbesserung seiner Lebenslage fordert, weist man protzig zurück.«

Die Feiertagsbezahlung ist manchem Unternehmer ein böser Dorn im Auge. Daher versucht man in vielen Fällen, sie wenigstens bei Neueinstellungen zu umgehen. So teilte ein Leipziger Unternehmer einem Berliner Gehilfen, den er vor dem Himmelfahrtstage engagieren wollte, mit, daß er während der Probezeit die Feiertage nicht bezahlt erhalte. Als der Unternehmer, der natürlich dem Schutzverbande angehört, darauf aufmerksam gemacht wurde, daß diese Mitteilung mit den Vereinbarungen zwischen Schutzverband und Gehilfenorganisation nicht in Einklang zu bringen sei, da diese irgendwelche Beschränkung der Feiertagsbezahlung nicht vorsehen, antwortete der Unternehmer, daß er dann den Gehilfen erst am Tage nach dem Pfingstfest einstellen könne. In derselben mehr als kleintlichen Weise suchen auch verschiedene Berliner Unternehmer die Bestimmung über die Feiertagsbezahlung zu umgehen, obwohl die Arbeit drängt und Gefahr vorliegt, daß die Lieferstermine nicht eingehalten werden können. Es genügt wohl, diese kleinliche Drückebergerei festzunageln, um das Treiben dieser Unternehmer zu kennzeichnen.

Eine amtliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Disziplin erfolgte unlängst in Selb in Oberfranken, wo die Porzellanarbeiter ausgeperrt waren, durch folgende Bekanntmachung des Stadtmagistrats: »Zu der organisierten Arbeiterschaft wird vertraut, daß sie die schon öfter gezeigte gute Disziplin auch während der jetzigen Bewegung beweisen, daß sie die Mahnungen ihrer Führer, stets ruhig zu bleiben und sich vor Übergriffen und Ausschreitungen zu hüten, getreulich befolgen und dadurch sich selbst vor Unannehmlichkeiten und event. empfindlichen Strafen bewahren wird. . . . Denn es können leicht sein, daß sich aus dem überlegten Vorgehen einzelner Hitzköpfe größere Ausschreitungen, z. B. Aufruhr, Aufruhr, Landfriedensbruch usw. entwickeln, die nur wieder zu schärferen Sicherheitsmaßnahmen sowie zu schweren und umfangreichen Bestrafungen (auch widerwillig Beteiligten) führen würden, für die Arbeiterbewegung aber von keinerlei Vorteil wären.« Diese Art, zu den Ausgesperrten zu reden, sticht wohlthuend von den Schamfächerreden gewisser anderer Polizeiverwaltungen ab, deren Hauptforsche darin besteht, sofort bei Ausbruch einer Lohnbewegung oder einer Aussperrung in der rigorosesten Weise gegen die Ausständigen vorzugehen.

Aus den Handwerksamerikaniern 1911. Breslau. Der Steindruck hatte auch im abgelaufenen Jahre über großen Mangel an Beschäftigung zu klagen. Hierzu kam die Aussperrung in den belebten Monaten und brachte dadurch große Ausfälle. Die Chromolithographie litt sehr unter der Zollgesetzgebung und der Export geht immer mehr zurück. Die chemographischen Anstalten haben sich

um eine vermehrt, alle waren gut beschäftigt. Leider werden noch viele Arbeiten nach auswärts vergeben, obwohl die technischen Einrichtungen ständig verbessert werden. Im allgemeinen wird der Geschäftsgang als befriedigend geschildert und die Aussichten für die Zukunft günstig bezeichnet. — Leipzig. War die allgemeine Lage des Steindruckgewerbes schon im Jahre 1910 ungünstig gewesen, so trat hierin im Berichtsjahre, trotz teilweise lebhafterer Beschäftigung, keine Besserung ein. Die Folgen der Lohnbewegung sind ganz unabsehbar. Die chromolithographischen Kunstanstalten haben den erhofften Aufschwung nicht erlebt, vielmehr durch die Lohnbewegung einen weiteren Rückgang zu verzeichnen. Gut beschäftigt waren, von einigen Ausnahmen abgesehen, die geographischen Anstalten Leipzigs.

Geschäftsergebnisse. Die Kunstanstalt vorm. Etzold & Kießling Akt.-Ges. in Leiteltshain-Crimmitschau hatte im letzten Geschäftsjahre nach dem Vorstandsbericht ein befriedigendes Ergebnis. Das Unternehmen sei anhaltend gut beschäftigt. Nach Berücksichtigung der Abschreibungen und Ueberweisung an den Spezialreservfonds soll wie im Vorjahre eine Dividende von 16 Prozent verteilt werden!

Abziehbilder vor Gericht. Zu einem kleinen Hygienekongreß gestaltete sich eine Verhandlung, die vor kurzem die dritte Strafammer des Landgerichts Berlin I beschäftigte. Angeklagt war der Direktor H. einer Luxuspapierfabrik, die nebenbei auch die als Kinderspielzeug bekannten bunten Abziehbilder herstellt. Der Angeklagte sollte eine Übertretung des Gesetzes betreffend die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben vom 5. Juli 1887 dadurch begangen haben, daß er bleihaltige Abziehbilder, die in seiner Fabrik hergestellt wurden, in den Verkehr gebracht haben soll. Nach dem erwähnten Gesetz ist die Verwendung giftiger, insbesondere arsenhaltiger Farben bei der Fabrikation von Kinderspielzeug verboten. Eine von dem Reichsgesundheitsamt vorgenommene chemische Prüfung der aus der Fabrik des Angeklagten herrührenden Abziehbilder ergab, daß diese Spuren von Bleiweiß enthielten, die sich aber nur nach Tausendsteln eines Grammes berechnen ließen. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Staatsanwalt gab Regierungsrat Professor Judenack von dem Polizeipräsidium ein Gutachten ab, nach dem derartige Abziehbilder infolge ihres Bleigehalts als gesundheitsschädlich anzusehen seien. Mehrere Fachleute auf diesem Gebiete vertraten die gegenteilige Meinung, so daß wegen jener Abziehbilder ein heftiger wissenschaftlich-fachlicher Streit entbrannte, der sich bis in den Gerichtssaal fortsetzte. Ein Verteidiger hob hervor, daß das Gericht aus rechtlichen wie auch tatsächlichen Gründen zur Freisprechung des Angeklagten kommen müsse. Nach dem sogenannten Farbensgesetz dürfen nämlich Bilderbogen, zu denen auch die Abziehbilder zu rechnen seien, mit allen Farben außer arsenhaltigen hergestellt werden. Auch sei die vorhandene Bleimenge so gering, daß ein Kind mehrere Tage hintereinander ganze Bogen jener Abziehbilder verschlingen müßte, um geringe gesundheitliche Störungen zu erleiden. Das Gericht ließ sich diesen Ausführungen an und erkannte auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten.

Johann Gottlieb Fichte. Am 19. Mai waren 150 Jahre verflossen seit dem Tode, an dem Johann Gottlieb Fichte in Rammenau, einem Orte in der Oberlausitz, als Sohn eines armen Bandwebers geboren wurde. Er mußte frühzeitig als Hütejunge zum Unterhalt der kinderreichen Familie beitragen, bis er durch Vermittlung seines Gutsherrn auf die Meißener Stadtschule und später auf die Fürstenschule Pforta kam. Als 18jähriger blutarmen Student bezog er die Universität Jena und durch Annahme von Hauslehrerstellen schlug er sich kümmerlich durchs Leben. Nach vielen Irrfahrten durch Deutschland und die Schweiz landete er 1792 in Königsberg bei Immanuel Kant, der ihm dadurch aus der Not half, daß er ihm für sein erstes großes Werk »Versuch einer Kritik aller Offenbarung« einen Verleger vermittelte. Es wurde für ein Werk des großen Philosophen von Königsberg gehalten und machte den Verfasser in der wissenschaftlichen Welt berühmt, als Kant dessen Namen bekanntgab. Nuncmehr entfaltete Fichte an der Universität Jena und, nachdem er infolge seiner wissenschaftlichen Überzeugung Jena verlassen mußte, von 1799 ab in Berlin, Erlangen, Königsberg Kopenhagen usw. eine rege lehrende und schriftstellerische Tätigkeit. In seinem »Beitrag zur Berechtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution« der im Jahre 1793 erschien, und in der 1794 erschienenen Schrift »Zurückforderung der Denkfreiheit, an die Fürsten Europas« trat er mannhaft für die Berechtigung der großen französischen Umwälzung, für die Rechtmäßigkeit der daraus hervorgegangenen republikanischen Staatsform und für die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre ein, fußend auf dem Freiheitsbegriff der Kantischen Philosophie. Das Prinzip der sittlichen Freiheit wird zur Grundlage von Fichtes Ethik: Ohne Rücksicht auf Vorteile und ohne Furcht vor Nachteilen, allein geleitet von der innersten Überzeugung soll der Mensch handeln; nur dann ist er sittlich frei und gut. Die Vorbedingung für dieses Handeln aus Überzeugung muß geschaffen werden, und in dem Streben nach diesem Ziel wird Fichte zum Gesellschaftsreformer, der in dem

1800 erschienenen Werke »Der geschlossene Handelsstaat« durch die Schilderung eines erdachten sozialistisch organisierten Gemeinwesens die Ausführung seiner allgemeinen Staatslehre darlegt. Zur Erreichung dieses Ziels verteidigt er ferner 13 Jahre später in seiner »Staatslehre« das Recht der sozialen Revolution durch die Sätze: »Alle Abweichung vom Rechte entschuldigt die Not. Wer diese Not verweigern will, der will das Unrecht um seiner selbst willen.« Er ist Feind des menschlichen Geschlechts. Nur die Zeit der Gährung und politischen Umwälzungen in der napoleonischen Periode und in den Jahren der Befreiungskriege machen es erklärlich, daß der unerschrockene Verfasser solcher Sätze, die eine rücksichtslose Kritik der bestehenden Ordnung bedeuteten, als Professor an die neue Berliner Universität berufen wurde. Als solcher starb er am 29. Januar 1814 infolge einer Ansteckung. Mit ihm schied ein Mann aus der Welt, der Großes für den Befreiungskampf der entredeten Menschheit geleistet hat. Noch zehn Jahre nach seinem Tode wurden daher auch seine gewaltigen »Reden an die deutsche Nation« durch die Staatsgewalt verboten.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 25. Mai 1912.

Reichstagsvertagung. Wehrvorlage und Deduktionsschwindel. Steuerfragen. Das Fazit. Gegen den Parlamentarismus. Kurze Anfragen: Elsaß-Lothringen; der Büttel im preußischen Dreiklassenhaare.

Der Wallotbau am Königsplatz in Berlin hat seine Pforten auf 6 Monate geschlossen; die Reichsboten, die »Kerls« können sich während dieser Zeit von den Strapazen der dreimonatigen Tagung erholen und zu neuen Kämpfen rüsten. Und sie haben die Ferien redlich verdient nach dieser vielleicht an Arbeiten reichsten Session, solange der Reichstag besteht; wenn auch die Vertagung bis zum 26. November keinesfalls gutzuheißen ist. Es stellt sich dadurch im Herbst die gleiche Kalamität eines in kurzer Zeit zu erledigenden übergroßen Arbeitspensums ein, wie sie durch die zu späte Ausschiebung der Reichstagswahlen im Frühjahr hervorgerufen wurde. Aber wie die Regierung anzunehmen schien, daß sich in der Weihnachts- und Neujahrstimmung im Volke die Erinnerung an die Schandthaten des Blockreichstages verflüchtigen werde, so gibt sie sich anscheinend bei der jetzt beliebten Hinausschiebung des Termins zum Wiederausammentreten des Reichstages der trügerischen Hoffnung hin, in den kommenden Sommertagen werde sich die Erregung des Volkes über die aufreizenden Vorgänge der letzten Wochen legen. Diese Spekulation wird sich jedoch als verfehlt erweisen. Haben doch nicht allein die bürgerlichen Parteien mit ihrer Haltung zu den Wehrvorlagen eine Menge Agitationsstoff geliefert, sondern auch andere Kreise und Personen haben der Bevölkerung Anlaß gegeben, sich wieder einmal nachdrücklicher mit Wahlrechtsfragen, Fragen des Parlamentarismus und des persönlichen Regiments zu befassen.

Ohne ein Wort des Widerspruchs hat die Regierung die geforderten 650 Millionen Mehrausgaben für Heer und Marine von allen Parteien des Reichstages, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, bewilligt erhalten. Da diese Summe sich auf die Jahre bis 1917 verteilt, so hat das deutsche Volk aufs Neue pro Jahr ca. 110 Millionen mehr zu den Gesamtlasten für militaristische Zwecke aufzubringen. (Diese betragen übrigens 1600 Millionen Mark im Jahre; in der vorigen »Polit. Monatsschau« hatte sie der Druckfehlerteufel nedisch um »nur« 1440 Millionen herabgesetzt.) Zwar hat man es nicht gewagt, offen aus den Taschen der Besitzlosen durch Einführung neuer Verbrauchsteuern die Deckungsmittel zu beziehen. Um so schändlicher ist die angewandte Methode, die trotzdem den Minderbemittelten und den Armsten der Armen die Hauptlasten des Rüstungskollers aufwälzt. Denn einmal muß das Volk weiter die Unsummen zur Verzinsung der Reichsschulden aufbringen, weil an eine Verwendung der aus der Finanzreform fließenden Mehreinnahmen zur Schuldentilgung nicht gedacht werden kann. Entgegen ihrer Bestimmung werden einen großen Teil dieser Mehreinnahmen die Rüstungsausgaben verschlingen. Ferner war die Beseitigung der Branntweinliebesgabe für die Brenner dem Volke vorgemachter blauer Dunst. Wohl fließen nach dem neuen Branntweinsteuergesetz die bisher von den Schnapsjunkern eingestekten 35 Millionen Mark — dabei ist allerdings der Rückgang des Trinkbranntweinkonsums nicht berücksichtigt — in die Reichskasse. Aber die Sehnsucht der Nationaliberalen nach der Junker- und Pfaffenliebe trieb diese Pseudoliberalen mit Macht in die Arme der Schwarzblauen, und mit vereinten Kräften zwang das schwarz-blau-gelbe Kleeblatt die Regierung, 16 von den 35 den Schnaps produzierenden Agrariern eben erst entzogenen Millionen abermals auszuliefern, als Vergütung für den billigeren denaturierten Spiritus zu überweisen. Da aber außerdem die Macht der Spirituszentrale bestehen bleibt, wird die sogenannte Entziehung der Liebesgabe durch neue Preisschraubereien obendrein noch weit gemacht werden. So wird aus der, mit großem Tamtam angekündigten, Deckung der Wehrvorlagen aus den Profitten der Schnapsbrenner eine erhöhte Belastung des Konsums, indirekt die Bezahlung der Einrichtungen zum Schutze

der bürgerlichen Gesellschaft von den Pfennigen derer, die dieselbe bürgerliche Gesellschaft in hoffnungsloses Elend verließ. Dieses Scheinmanöver wird nur noch widerlicher dadurch, daß es mit Hilfe der Nationalliberalen zustande kam, die in dem verflochtenen Wahlkampf nicht laut genug ihre Gegnerschaft gegen neue Belastungen des Konsums betonen konnten. Dazu kommt noch, daß die Reaktionen aller Schattierungen die Anträge der Sozialdemokraten und der Polen, die die den Schnapsjunkern zugeordneten 16 Millionen den Kriegsveteranen zukommen lassen wollten, glatt ablehnten.

Nach diesem Heldenstücklein kann man auch kein Vertrauen in die beiden angenommenen Anträge setzen, deren einer am 1. April 1913 in Kraft tretende Erbschaftsteuer und der andere eine spätestens von 1916 an wirksame Besitzsteuer verlangt. Der letztere Antrag ist ein Produkt der Nationalliberalen und des Zentrums. Seine Einbringung bezweckt weiter nichts, als den klaren Begriff der Erbschaftsteuer zu verwischen und der Regierung die Möglichkeit zu geben, eventuell eine den Junkern angenehmere Steuer in Vorschlag zu bringen. Mit dem Antrage ist außerdem eine abermalige Hinausschiebung der Herabsetzung der Zuckersteuer verbunden, die am 1. April 1914 eintreten sollte. Die Zuckersteuer beträgt auf den Kopf der Bevölkerung ungefähr 2,40 Mk. Voraussichtlich hat das Volk diese Summe noch ein paar Jahre länger zu bezahlen für die Aussicht, schließlich vom Reichstage eine Sorte Besitzsteuer beschlossen zu sehen, die es den Betroffenen ermöglicht, die Steuer auf den Konsum abzuwälzen. Köstlich ist jedoch dabei noch das Ergebnis, daß nach der famosen Rechnung des Staatssekretärs Kühn das Reich gar keine neuen Steuern braucht, der Reichstag der Regierung aber neue Einnahmequellen erschließen will. Darnach stehen auch die bürgerlichen Parteien den Rechenkunststückchen des neuen Schatzsekretärs sehr skeptisch gegenüber.

Die soeben geschlossene erste Session des Reichstages der »roten Hundertzeit« hat jedenfalls bewiesen, daß die arbeitende Bevölkerung von ihm nicht das erwarten kann, was sie zu verlangen hat, und daß die Mehrheit der Linken beim geringsten Anstoß zu einer solchen der Rechten wird. Der Reichstag hat bewiesen, daß er nicht die Absicht hat, aus sich etwas anderes zu machen, als was er ist: eine Bewilligungsmaschine für Regierungsvorlagen. Trotz aller Anstrengungen ist es den Sozialdemokraten nicht gelungen, die bewilligungsfreudige Mehrheit zu den kleinsten sozialpolitischen Taten fortzureißen. Im blinden Rüstungstaukel haben alle bürgerlichen Parteien die warden Stimmen aus den Reihen der Vertreter des arbeitenden Volkes unbeachtet gelassen. Es hat nichts genützt, daß die Sozialdemokraten mit aller Eindringlichkeit darauf hinwiesen, daß das Wettrüsten das Reich an den Abgrund führt, nicht allein die Konsum- und Steuerkraft des Volkes erschöpft, sondern auch das Verhältnis zum Ausland immer mehr verschlechtert und damit Industrie und Handel unerbittlichen Schäden zufügt. Während die Gewerkschaften die schwersten Kämpfe führen, um die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben, hindert nicht allein die Regierung dieses Bestreben, sondern die sogenannte Volkvertretung geht noch her und treibt in einer Weise Politik, die das Gegenteil von einer nationalen Volkswohlfahrt bezweckt und erreicht. Wenn darum die Parlamente wirklich noch einmal Politik treiben sollen im Sinne der Mehrheit des Volkes, dann müssen die Stimmzettel der Arbeiterschaft eine noch viel deutlichere Sprache reden als geschehen. Daß es geschieht, dazu tragen nicht zum wenigsten die bürgerlichen Parteien selbst bei, dazu hilft auch das Ergebnis der ersten Session 1912 des deutschen Reichstages.

Wie wenig gewillt unter diesen heutigen Verhältnissen die Regierenden sind, den gesetzgebenden Versammlungen die nötige Achtung entgegenzubringen, und wie wenig Rückgrat die Mehrheiten der deutschen Parlamente besitzen, um sich diese Achtung zu verschaffen, das haben der Kaiser, Bethmann-Hollweg, der Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus in den letzten Wochen schlagend zu beweisen sich bemüht.

Der Reichstag hat beschlossen, daß an bestimmten Tagen kurze Anfragen an die Regierung gerichtet werden können, die natürlich auch beantwortet werden sollen. Und was tat der Herr Reichskanzler? Er ließ die ersten Anfragen, die zufällig von Sozialdemokraten gestellt wurden, durch einen beauftragten Geheimrat — nicht beantworten. Die Rechte aber wußte die Würde des Hauses nicht besser zu wahren, als daß sie die Nichtachtung des Reichstages durch den ersten Beamten des Reiches mit beifälligem Hohngelächter begrüßte. Die Liberalen wandten sich wenigstens mit einigen, wenn auch sehr bescheidenen Worten gegen diese anmaßende Behandlung.

Noch viel herausfordernder war aber das Verhalten der Regierungsvertreter und die Haltung der bürgerlichen Reichstagsmehrheit bei der Behandlung der kaiserlichen Worte des »Unwillens« über den jungen Landtag Elsaß-Lothringens. Der Letztere hatte nichts getan, als von seinen parlamentarischen Rechten ohne Rücksicht auf höhere Stellen Gebrauch zu machen. Das hatte den Kaiser

veranlaßt, dem Sinne nach zu äußern: »Wenn das so weiter geht, werde ich Ihre Verfassung in Scherben schlagen und aus den Reichslanden eine preußische Provinz machen.« Da die vom Kaiser unterschriebene Verfassung im Artikel 5 vorsieht, daß Gesetzesänderungen nur durch Reichstag und Bundesrat vorgenommen werden können, rief die Äußerung sofort die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage auf den Plan, um gegen das persönliche Regiment des Kaisers Front zu machen. In ruhiger, doch sarkastischer Rede ging der sozialdemokratische Redner Scheidemann an der Hand historischer Vorgänge auf die Äußerungen des persönlichen Regiment ein und wies dieses im Interesse des Volkes energisch in seine Schranken zurück. Als er dabei aus den Worten des Kaisers den Schluß zog, daß die Drohung mit der Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen wohl die Versetzung in die unterste Klasse der Reichszugehörigkeit bedeuten solle, verließ der Kanzler mit samt den Bundesratsvertretern den Saal. Der Streik war bald beendet und in seiner Rede erklärte der bestellte Hüter der Verfassung, daß er die Worte des Kaisers decke. Auch hier fanden sich außer den Sozialdemokraten nur noch die Fortschrittler bereit, die Rechte des Reichstages im Hinblick auf die Machtgelüste des persönlichen Regiments in Schutz zu nehmen.

Die höchste Potenz der Diskreditierung des Parlamentarismus erreichte allerdings nur das preußische Abgeordnetenhaus. Wenn der Präsident von Erffa dort einen sozialdemokratischen Abgeordneten mit Hilfe von Polizeimannschaften aus der gesetzgebenden Körperschaft in brutalster Weise grundlos entfernen ließ, so entspricht das schließlich nur der Veranlassung eines preußischen Junkers, der die Maximen der Herrschaft auf dem Gutshofe auf die Gesetzgebung übertragen wissen möchte. Wenn aber Liberalismus und Zentrum, zu deren programmatischen Forderungen früher die Demokratie gehörte, deren höchster Ausdruck wiederum der Parlamentarismus ist, zu derartigen Gewalttaten ihre Zustimmung geben, so ist damit ein solcher Grad der Schande, der Selbstentmannung erreicht, daß es dafür nur einen Ausdruck gibt, den der Verachtung. Und dafür naht der Tag der Abrechnung. Das preußische Volk kann und wird es sich nicht gefallen lassen, daß seine einzigen Vertreter gebüffelt werden.

Rechte und Pflichten im menschlichen Zusammenleben.

II.

Wie die Erfahrung lehrt, hat nur der Mensch die Möglichkeit, seine Bedürfnisse in ausreichendem Maße und nach eigenem Geschmack zu befriedigen, der die entsprechende Macht hierzu hat. Das Recht des Menschen beruht also auf seiner Macht, und das Streben des Menschen, seinen Willen frei zu betätigen, ist also das Streben nach Macht. Der Wille zur Macht ist die Triebfeder des menschlichen Handelns, sofern das eigene Interesse in Frage kommt. Da in der heutigen Gesellschaft sich alle materiellen Machtmittel im Gelde konzentrieren, so drückt das Streben nach Geld, nach Reichtum unserm Leben den Stempel auf. Der größte Geldsack verleiht die größte Macht und damit auch das größte Recht. Für Geld kann man alles kaufen: Wissenschaft und Kunst, Ehre und Schönheit, Tugend und Überzeugung, die Feder des Schriftstellers und die Stimme des Proletariats. Das ist heute der Fall, und so war es auch im untergehenden Altertum. »Ganz Rom ist feil, wenn sich nur ein Käufer findet,« hieß es, und: »Ein mit Gold beladener Esel kann jede Mauer übersteigen!« Und heutzutage pflegt man zu sagen: »Für Geld kann man den Teufel tanzen sehen!« Das Geld ist eben die sichtbare Verkörperung der Macht, und da die Sehnsucht nach Glück und Wohlbefinden ihrer Natur nach unersättlich ist, so ist auch die Jagd nach dem Gelde zeitlich und räumlich unbegrenzt.

Nun ist aber das Glück nicht lediglich materieller Art, sondern es erstreckt sich auch auf das sozialgeistige Gebiet. Der Mensch will etwas gelten unter seinen Nebenmenschen, er will auf sie Einfluß ausüben, er will sie geistig beherrschen. Darum strebt er nach der Herrschaft über die Geister. Hieraus erklärt sich die Herrschtsucht der Pfaffen aller Religionssysteme und Parteien, deren Intoleranz und Verfolgungssucht sprichwörtlich geworden ist. Ein herrschtsüchtiger Mensch will sich nicht nur die materiellen Machtmittel aneignen, sondern er will auch die Geister und Gemüter unterjochen und sich dienstbar machen. Aus diesem Grunde erstickt er das freie, selbständige Denken, indem er Dogmen aufstellt, die andere Leute glauben sollen, und er verfolgt die Andersdenkenden mit unversöhnlichem Hass. Die Ketzerverbrennungen des christlichen Mittelalters sind leuchtende Beweise des päpstlichen Machtkitzels. Auch auf die Handlungsweise seiner Nebenmenschen sucht der Pfaffe Einfluß zu gewinnen, weshalb er Moralvorschriften gibt, die andere befolgen sollen. »Du sollst nicht töten!« befiehlt die Kirche, während sie selbst Millionen von Menschen hingemordet hat; »du sollst nicht stehlen!« heißt das Gebot, während Staat und Kirche ganze Länder aufressen. Das ist ja die charakteristische Eigenschaft der Machthaber, daß

sie ihre Macht mißbrauchen, um ihr Leben glänzend zu gestalten, während sie die andern unterdrücken und unglücklich machen; sie nehmen alle Rechte für sich in Anspruch, den andern aberbürden sie Lasten auf; sie fordern die »rankenlose Bewegungsfreiheit, während sie die andern Menschen geistig und körperlich knebeln.

Und weil sie gelernt haben, daß die Vereinigung größerer Macht verleiht, so schließen sich die Herrschtsüchtigen zusammen, um die Masse auszubeuten und jeden Widerstand zu brechen. Man betrachte nur das Bündnis zwischen Staat, Kirche und Kapital, um einen Begriff zu bekommen von der Macht, die heutzutage in den Händen der Oberschicht vereinigt ist. Dann versteht man auch die Wahrheit des Wortes, daß Macht vor Recht geht, ja, daß Macht weiter nichts ist als die Erscheinungsform des Rechts.

Der einzelne Mensch will sich ausleben und betrachtet dies als sein gutes Recht; er will dieses Recht durchsetzen und hierzu braucht er die Macht. Der Wille zum Leben ist also der Wille zur Macht und der Kampf ums Recht ist ein Kampf um die Macht. Nun gibt es aber außer ihm noch andere Menschen, mit denen er in einer sozialen Gemeinschaft zusammenlebt, die das gleiche Streben in sich haben. Auch die andern wollen leben, genießen und sich geltend machen. So muß es natürlich zu Reibungen und Zusammenstößen kommen, weil sich die Interessen der Individuen kreuzen und widersprechen. Daher die ewigen Interessenkämpfe zwischen den Einzelmenschen und den Klassen.

Nehmen wir, um dies klarzumachen, ein bekanntes Beispiel. In einem jeden Menschen, der noch nicht durch die Schule des Solitarismus gegangen ist, steckt der Wunsch, ohne schwere Arbeit und ohne Beschränkung seiner Freiheit ein angenehmes Dasein zu führen; andere Menschen für sich arbeiten zu lassen und die Früchte fremder Arbeit in Muße zu genießen, dieser Drang ist den Menschen eingeboren; er zeigt sich bei Individuen so gut wie bei den Gruppen. Dieser Naturtrieb zieht sich wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte hindurch: er hat die Phantasie des Menschen in Bewegung gesetzt und ihm ein Schlaraffenland vorgegaukelt, in dem ihm die gebratenen Tauben in den Mund fliegen, er hat seinen Verstand angespornt, sich durch Zählung von Tieren, Benutzung der Naturkräfte und Ausbeutung seiner Nebenmenschen die eigene Arbeit zu erleichtern, und endlich hat er seinen Willen angefeuert, sich zum Herrn der Schöpfung zu machen und sich als Mittelpunkt des Weltalls zu betrachten.

Nach Lage der Sache läßt sich das Streben nach einer arbeitslosen Existenz nur durch die Verletzung fremder Interessen durchsetzen. Da die Arbeit unter allen Gesellschaftsformen eine Notwendigkeit ist, weil sie den Stoffwechsel vermittelt zwischen Mensch und Natur, so muß sich naturgemäß das arbeitslose Dasein des einen Menschen auf die Ausbeutung fremder Arbeit gründen. Das ist heute der Fall, wie wir es im Leben eines Rentiers beobachten können, und das war früher der Fall, wofür die Sklaverei einen Beweis liefert. Jede Drohne setzt eine Arbeitsbiene voraus, die ihr die Nahrung schafft, und jeder menschliche Schmarotzer baut sein Leben auf den Fleiß anderer Menschen. Die Möglichkeit, ein arbeitsloses Dasein zu führen, beruht natürlich auf der Macht über fremde Arbeitskräfte, auf der Herrschaft des einen Menschen oder der einen Gruppe über andere. Der Herr befriedigt seine Bedürfnisse auf Kosten seiner Sklaven, die er beherrscht, unterdrückt und entrechtet.

Die Macht des Herrn spiegelt sich in seiner Vorstellung als ein Recht wieder, das ihm zusteht. Sei es, daß ihm die Götter das Recht verliehen haben, über andere Menschen zu herrschen, die er sich dienstbar gemacht hat, sei es, daß er dies Recht von seinen Vorfahren geerbt hat, sei es, daß es ihm die Natur verliehen hat, sei es, daß er es sich durch eigene Anstrengung erworben hat, immer spricht er von dem Recht auf Herrschaft und Ausbeutung. Er hüllt seine Macht in den Mantel des Rechts und auch den andern Menschen sucht er die Illusion einzufflößen, daß er kraft seines guten Rechts über sie herrsche. Es ist ja bekannt, welche Rolle Religion und Erziehung nach dieser Richtung hin spielen.

Zum Unglück für die Herrschenden hat aber der menschliche Geist die angenehme Eigenschaft an sich, die Begriffe kritisch zu zergliedern und sie so lange hin und her zu drehen, bis sie ins Gegenteil verkehrt werden. Diese Methode hat er auch bei dem Rechtsbegriff angewandt und dabei hat er die Entdeckung gemacht, daß das Recht eine Kehrseite hat. Wenn man es von der andern Seite betrachtet, so erscheint es als Unrecht. Was der eine Mensch also als sein Recht betrachtet, das empfindet der andere als ein ihm zugefügtes Unrecht; was der eine Mensch als sein gutes Recht beansprucht, das weist der andere als einen unberechtigten Eingriff in seine Rechtssphäre zurück. Auch hierfür ließen sich zahlreiche Beispiele anführen, was aber überflüssig ist, weil der Gegensatz zwischen Recht und Unrecht jedem Beobachter auffällt. Hierauf beruht ja das Rechtsbewußtsein der Menschen, das sie antreibt, das ihnen zugefügte Unrecht abzuwehren und ihr eigenes Recht zu verteidigen. Die Rechtsidee ist die wichtigste Waffe im Emanzipationskampfe der Menschheit und die Emp-

findung, daß man Unrecht leidet, ist der Stachel, der die Menschen in den Kampf ums Recht hineinreibt.

Da der Mensch nicht nur ein Individuum ist, dem sein Sonderinteresse über alles geht, sondern auch ein Glied des sozialen Organismus bildet, von dem er abhängt, so ergibt sich hieraus mit Notwendigkeit, daß er nicht nur Rechte zu beanspruchen, sondern auch Pflichten zu erfüllen hat. Jeder von uns ist auf fremde Hilfe angewiesen, da er ohne diese seine materiellen und geistigen Bedürfnisse nicht befriedigen könnte; dafür hat er aber auch die Verpflichtung, an seinem Teil zum Wohlergehen der andern beizutragen: er hat das Recht, sein persönliches Interesse zu wahren und sich auszuleben, er hat aber auch die Pflicht, fremde Interessen zu schonen und auf fremde Rechte Rücksicht zu nehmen.

Diese Pflicht, die uns Sozialisten ganz selbstverständlich dünkt, wird von den individualistischen Anarchisten verneint. Sie lassen die Menschen als Atome auf, die sich gegenseitig anziehen und abstoßen, die sich hier und da zu Gruppen zusammenballen und dann wieder auseinanderfallen. Die bewußte Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe anderer Menschen, der Altruismus, erscheint ihnen als eine Beschränkung der persönlichen Freiheit; das auf gegenseitiger Unter- und Überordnung beruhende Zusammenarbeiten, die Kooperation, betrachten sie als den Nährboden der Knechtschaft; die wechselseitige Unterstützung der Menschen im Kampfe ums Dasein, den Solidarismus, nennen sie ein Wahngelbde und eine Moral der Schwachen; lediglich in dem Betonen der eigenen Kraft und in dem Hervorkehren des eigenen Willens, in dem Egoismus, erblicken sie den rechten Weg zum Menschenglück. Wenn jeder für sich sorgt und sich sein eigenes Glück baut, dann sind alle glücklich, das ist das Evangelium des Individualismus.

Demgegenüber betonen wir die Pflichten des Einzelnen gegen die Gesamtheit, weil nur dadurch die Möglichkeit eines gedeihlichen Zusammenlebens gewährleistet wird. Wir verlangen nicht, daß ein Mensch sein eigenes Interesse vernachlässigen und nur für andere streben soll, deshalb verwerfen wir den extremen Altruismus, dem wir nur in außergewöhnlichen Fällen eine Berechtigung zuerkennen; wir können es aber auch nicht billigen, daß ein Mensch nur für sich sorgt und über fremdes Glück herzlich hinwegschreit, deshalb erklären wir den Egoismus für falsch und antisozial. Was uns als erstrebenswertes Prinzip vor Augen schwebt, das ist der *Egoaltruismus*, die Sorge für sich selbst im Hinblick auf das Gemeinwohl. Mit einer durchaus berechtigten Betonung des eigenen Interesses soll eine bewußte und beabsichtigte Förderung fremder Interessen Hand in Hand gehen. Das strahlende »Sum cuique in eodem das Seine« soll der Leitstern unseres Handelns sein.

Als ein Ergebnis dieser sozialen Moral bildet sich in den Menschen das Gemeingefühl, das sie untereinander verbindet, jene Menschenliebe, die uns erkennen läßt, wie nahe verwandt und lieb der Mensch dem Menschen ist, jener Solidarismus, der eigenes Wohl und fremdes Wohl zu einem köstlichen Geflecht zusammenfügt. »Dieses Gerechtigkeitsgefühl,« sagt der alte Grieche Aristoteles, »ist herrlicher und strahlender als der Morgen- und Abendstern.«

Brutus.

Tarifverträge.

Über dieses Thema hielt kürzlich der bekannte Gewerkschaftstheoretiker Dr. Adolf Braun-Wien in Leipzig einen höchst interessanten und bedeutsamen Vortrag, wozu ihn das Leipziger Gewerkschaftskartell eingeladen hatte. Da seine Ausführungen die Beachtung und Beherrschung aller unserer Kollegen verdienen, für die das Thema gerade jetzt wieder einmal hochaktuell ist, geben wir den wesentlichsten Inhalt des Vortrages an dieser Stelle referierend wieder in der Hoffnung, daß er zur Klärung der Meinungen beitragen möge. Die Redaktion.

Die Vorkämpfer der Tarifbewegung haben vorzugsweise in Leipzig ihren Sitz; sie haben den Arbeitern die eigenartigen Aufgaben und neue merkwürdige Formen der Bewegung gezeigt. So bedeutungsvoll diese Erscheinung war, so basierte sie doch auf dem Grunde der sächsischen Gewerbeordnung von 1861; so mangelhaft die Bewegung war, so war sie doch von der höchsten prinzipiellen Bedeutung, denn sie bestimmte, daß der Arbeitsvertrag keine individuelle Angelegenheit sei, sondern eine Angelegenheit der Gesamtheit des Berufs. Die Buchdrucker haben in dieser Beziehung den ersten bedeutsamen Kampf geführt. Schon im Jahre 1848 haben die Buchdrucker in prophetischer Weise Beschlüsse gefaßt und Zukunftsbilder gewerkschaftlicher Taktik entworfen. 1865 war bei ihnen der Ausgangspunkt der Tarifgeschichte; die andern Arbeiter sind erst viel später auf den Plan getreten, weil zuvor die Reichsgewerbeordnung kommen mußte. Es ist darum kein Zufall, daß Lassalle und die übrigen Vorkämpfer noch nicht über Tarifverträge gesprochen haben; die Voraussetzungen dafür fehlten eben damals noch. Das Prinzip des Individualismus hat aufgehört, wir sind in die Periode der Kollektivitäten getreten, der einzelne tritt zurück, das Schicksal wird durch die Gesamtheit bestimmt und dadurch erst wird das Individuum zum Glück geführt.

Es hat Zeiten gegeben, wo die Wahrnehmung, daß sich die Arbeiter organisierten, Schrecken verbreitete. Heute dagegen erstaunt man, wenn man

einen unorganisierten Menschen trifft. Heute sind Beamte, Richter, Lehrer, Unternehmer organisiert. Und in allen Organisationen steckt gewerkschaftlicher Zweck. Alle diese Kollektivitäten drängen zu wirtschaftlichen Vereinbarungen. Die Eisenkartelle müssen z. B. Vereinbarungen über Preise und Lieferungsfristen treffen, wir kommen zu ganz eigenartigen Entwicklungen, und es ist falsch, von Tarifverträgen als von einer Sache zu sprechen, die nur die Arbeiter angehe. Diese Tarifverträge sind eigentlich noch sehr wenig zur Durchführung gekommen. Wir gelangen zu der merkwürdigen Tatsache, daß die Tarifverträge nur in jenen Industrien durchgeführt sind, die geringere Produktion aufweisen, während die gewaltigen Industrien der Berg-, Hütten- und Eisenwerke, der elektrischen Industrie usw., noch vollständig frei von Tarifverträgen geblieben sind. Wir haben es in diesen Tagen schmerzlich empfunden, daß im Bergbau von Einführung von Tarifverträgen nichts zu spüren ist. Daß in diesen großen Industrien die Tarifverträge noch nicht eingeführt sind, erklärt sich daraus, daß diese Industrien diejenigen wirtschaftlichen Grundlagen unter sich selbst geschaffen haben, die in anderen Industrien durch den Tarifvertrag hergestellt wurden. Die großen Kartelle bestimmen die Preise und Lieferungsfristen; sie brauchen keine Tarifverträge, um gegen Schutzkonkurrenz gesichert zu sein. Daß Tarifverträge aber auch in großen Betrieben möglich sind, beweist ihr Bestehen in den graphischen Berufen, den Baugewerben usw. Unzweifelhaft ist die Durchführung der Tarifverträge der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit zu danken. Aber es wäre falsch, wenn man diese Erfolge lediglich den großen Organisationsformen zuschriebe. In Betracht kommen sicherlich noch wichtige wirtschaftliche Gründe. Die Unruhe und Unsicherheit im Gewerbe üben auf die Unternehmer einen großen Einfluß aus. Nirgends droht dem Unternehmer eine größere Gefahr, als bei einem Streik der Buchdrucker, weil die Werke der Buchdrucker ephemere (schnell vorübergehender) Natur sind. Ähnlich liegt es im Baugewerbe, und darum sind die Unternehmer zu größerer Nachgiebigkeit geneigt. Diese ephemere Bedeutung käme auch der Kohle zu, aber daß in dieser Industrie noch kein Tarifvertrag zustande gekommen, liegt an der mangelnden Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung. Indessen wird der englische Kohlenarbeiterstreik dauernd in der Geschichte leben; eine Million Arbeiter hat daran teilgenommen und bewiesen, wie mächtig der Arbeiter ist. Ein zweitesmal wird England es auf einen solchen Kampf nicht ankommen lassen. Und wir haben bei diesem Kampfe Einwirkungen des Staates gesehen, an die wir früher nicht gedacht hätten.

Die Frage eines Mindestlohngesetzes ist sehr wichtig. Sie kann ganze gewerkschaftliche Organisationen erschüttern, wenn der Staat selbst die Initiative ergreift. Was der englische Minister Asquith jetzt durchführen will, hat seinen Vorläufer in Australien gehabt. Hier ist aber Vorsicht in der Begeisterung dringend nötig, wenn uns die englischen Vorgänge auch eine weite Entwicklung in der Frage der Lohnfestsetzung zeigen. Früher dagegen bestimmte der Unternehmer ganz allein; es gab zwar auch Tarife, aber die machte der Unternehmer und hängte sie in der Fabrik auf. Wenn die Tarifverträge anfänglich lokaler Natur waren, so entwickelten sie sich weiter zu Reichstarifen, und zeigen heute schon Ansätze internationaler Art. Wenn heute der Staat eingreift, so tut er das in einer Zwangslage, wie wir heute einen gewaltigen Industriestaat zum Sprunge bereit sehen, in die Lohnfrage regelnd einzugreifen. Der Staat ist aber nicht immer so »schön«, er kann auch anders, wie wir in diesen Tagen im Ruhrgebiet sahen; die Soldaten und Polizisten können auch anders kommandiert werden. Die staatliche Lohnregelung, auf die wir weiter unten zu sprechen kommen, wird nicht so bald allgemeine Bedeutung erlangen.

Auch bei den schärfsten Scharfmachern hat es nicht an Diskussionen über Tarifverträge gefehlt. Sie werden zuletzt doch froh sein, wenn sie Tarifverträge abschließen können, weil sie die Unsicherheit für die Dauer nicht ertragen können. Einer der mächtigsten Metallindustriellen hat vor zehn Jahren einem Arbeiterführer erklärt: Ich weiß, daß ich einmal mit Ihnen verhandeln muß; aber solange ich es nicht nötig habe, tue ich es nicht. Der Tarifvertrag hat für den Unternehmer den ungeheuren Vorteil, die Schutzkonkurrenz zu bekämpfen. Darum haben damals die Brauunternehmer Tarifverträge abgeschlossen; sie waren noch in zahlreiche Kleinbetriebe zersplittert. Heutzutage würden sie es nicht mehr so nötig haben, aber jetzt besteht einmal der Vertrag.

Die Tarifverträge haben eine Entwicklung nach zwei Richtungen hin durchgemacht, sie wurden immer komplizierter und immer ausgedehnter, so daß sie sich zu gewaltigen Reichstarifen entwickelten. In einigen Jahren vielleicht werden wir uns darüber nicht mehr herumsprechen, ob Lokal- oder Reichstarife gemacht werden müssen. Diese Frage interessiert uns heute außerordentlich. Es wäre aber nicht klug, wenn sich die Diskussion darin verbiere. Die Entscheidung hängt aufs engste mit dem einzelnen Gewerbe zusammen. Aber diese Fragen wurden viel zu häufig von einem allzu lokalen Standpunkt aus behandelt. Es ist eine große Ge-

fahr, daß sich die Berufe in einzelnen Orten durch Einführung von Reichstarifen stark geschädigt gefühlt haben. Wir müssen aber die Solidarität hochhalten. Wir müssen uns fragen, ob wir durch Reichstarife nicht Arbeiter mit in die Bewegung hineinreißen, die wir sonst noch lange nicht gewinnen würden. Was wir für diese tun, nützt auch uns außerordentlich. In Wien schlossen die Maurer einen günstigen Tarif ab; es zeigte sich aber, daß trotz der hohen Löhne nach dem Tarifabschlusse die Maurer nicht mehr als früher verdienten, weil sie weniger Tage im Jahr arbeiten konnten infolge des großen Zuzugs aus dem Lande. Im Lande herrschten ungünstigere Lohnverhältnisse, daher der starke Zuzug nach Wien, der unterblieben wäre, wenn ein Reichstarif bestände.

Eine andere wichtige Frage ist, ob die Tarife gesetzlich festgelegt werden sollen. Das ist nicht zu empfehlen, weil alle Verträge klagbar sind. Sobald jemand einen Vertrag für 50000 Personen abschließt, so ist dieser Vertrag gesetzlich geschützt. Es wagt sich schon heute ein Recht durchzusetzen, von dem nichts geschrieben steht. Wir haben wenig Interesse, an der heutigen Grundlage der Tarife etwas zu ändern. Wo die Organisationen kräftig und dauernd sind, da wird der Tarif eingehalten, dazu brauchen wir die blinde Justitia nicht. Aber die Justitia blinzelt häufig, und wenn sie sich einmischt, so könnte das sehr un bequem werden. Die zivilrechtliche Haftbarkeit könnte ausgesprochen werden, wie das bereits bei den englischen Organisationen der Fall gewesen ist. In England zahlt der Staat die Löhne, die der Tarif vorschreibt, während bei uns noch einzelne Bundesstaaten sich in dieser Beziehung die Freiheit vorbehalten. Würde auch in Deutschland nach englischem Muster verfahren, so wäre das ein starkes moralisches Gewicht auch gegenüber der Privatindustrie.

Wenn man einen Tarif abschließt, so muß man wissen, mit wem man es tut. Die Unternehmer haben es leicht, sich darüber zu einigen, aber unter den Arbeitern herrscht noch vielfach Gehässigkeit. Der Tarifvertrag hat die Tendenz der Gültigkeit für alle, die in seinem Bereiche leben. Wenn jemand aus dem Auslande zuzieht, so gilt auch für ihn sofort der Tarifvertrag, der von zwei starken Organisationen abgeschlossen ist. Die Personen können wechseln, die Verträge bleiben bestehen. Das ist für den Juristen etwas ganz Neues und Eigenartiges, das bisher in keinem geschriebenen Recht vorhanden ist. Das Tarifgebiet umfaßt ganze wirtschaftliche Einheiten. Ebenso fest muß die Geltungsdauer bestimmt sein. Da kommt einer der wichtigsten Einwände der Unternehmer, die sich nicht auf längere Zeit binden wollen. Die amerikanischen Unternehmer haben daher das Bestreben, nur kurzfristige Tarife abzuschließen. Die Frage der Dauer des Tarifs war während der Streitigkeiten unter den deutschen Arbeitern die wichtigste. Besonders bei den Buchdruckern hat diese Frage gespielt. Aber die langfristige Dauer des Tarifs hat die Einführung der Setzmaschine weniger gefährlich gemacht. Indessen ist in dieser Beziehung keine Regel aufzustellen. In jeder Kategorie ist diese Frage besonders zu untersuchen. Zu einer Einheitlichkeit können wir nicht kommen, wir müssen vielmehr für den einzelnen Beruf das richtige zu erforschen suchen. Es gibt keine allgemeinen Rezepte für die Ausgestaltung der Tarife. So z. B. waren wir eine Zeitlang stolz auf die Erzielung hoher Überstundenbezahlung. Aber da machte sich der Wunsch der Arbeiter gerade nach Überstunden geltend. Die Wiener Buchdrucker erzwingen heute infolgedessen gerade das Erscheinen der Feiertagszeitungen. Mit großem Stolz haben wir es auch begrüßt, daß die Organisationen in den Tarifverträgen anerkannt wurden. Darüber sind wir heute hinaus, denn es genügt vollständig, wenn der Name des Organisationsleiters unter dem Tarifverträge steht. Vor allem ist wichtig, sich die Vorteile des Tarifs durch Lohnämter, Schiedsgerichte usw. zu sichern, noch bevor die Schnellfeuergeschütze auffahren. Die wirtschaftliche Bedeutung der Tarifverträge beruht wesentlich auch darin, daß Schichten einbezogen werden, für die bis dahin keine Vereinbarungen bestanden, hierdurch aber wird deren Kampffähigkeit gesteigert. Ein Einwand geht dahin, die Arbeiter würden verhindert, die Zeiten der Prosperität auszunutzen. Aber es gibt auch Depressionszeiten, die viel länger dauern. Die Zeiten der Depression aber zeigen die Macht der Tarifverträge. Der Arbeiter gibt etwas auf bei Abschluß von Tarifen, aber beim Aufgeben der Tarifverträge muß er hinwiederum auf Vorteile verzichten.

Man soll sich nicht für einen Tarif begeistern um des Tarifs willen, sondern man soll ihn nur annehmen, wenn er gut ist; im andern Falle ist ein tarifloser Zustand besser. Wir wollen die Kraft unserer Organisationen steigern, damit wir für diejenigen Arbeiterkategorien, die noch keinen Tarifvertrag besitzen, einen solchen schaffen können. Dazu müssen die besten und tüchtigsten Unterhändler ausgewählt werden. Zu diesem Amt sind ganz besondere Fähigkeiten notwendig. Sie müssen mit den Unternehmern am Schachbrett sitzen. Wir sind jetzt so weit, daß wir im Tarifvertrag bereits eine Selbstverständlichkeit sehen und wir wollen, daß die Arbeiterschaft sich in der Genußfähigkeit hebt, die zu kräftigen Siegen vorbereitet. Δ



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die „Not des Gewerbes“.

Auf seiner Jahresversammlung am 12. Mai in Eisenach tutete der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer auch wieder einmal gewaltig Entrüstung über die Zoll- und Steuerpolitik des Deutschen Reiches. Er beschloß sogar, in entschiedener Weise dagegen Stellung zu nehmen, daß die bisherige Belastung der Papierindustrie durch die Schutzzollpolitik auch in Zukunft noch weiter bestehen bleibe oder gar noch verschärft werde.

Wie wenig unsere Schutzverbändler berechtigt sind, darüber zu klagen, daß unser Gewerbe durch die Zoll- und Steuerpolitik des Deutschen Reiches so arg geschädigt worden ist, das haben wir in dem Artikel *Eine heuchlerische Jeremiade* nachgewiesen. Wir haben dort auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß diese Herren die Zollwucherei, über deren Folgen sie jetzt so furchtbar greinen, mit herbeigeführt haben, und daß sie auch gar nicht ernstlich daran denken, sich von dieser Politik der Volksausplünderung wieder abzuwenden. Diese geriebenen Profithuber möchten nur, daß sie unter den handelspolitischen Schwierigkeiten, die die von ihnen verfochtene Zollwucherei nach sich zieht, nicht zu leiden brauchen. Ihr Geschrei über die Belastung der Papierindustrie ist der Ausdruck dieses Wunsches.

Die schutzverbändlerischen Steindruckereibesitzer sind sich natürlich dessen wohl bewußt, daß sie, weil sie die schutzzöllnerische Raubpolitik der Kapitalistenzeit im großen und ganzen mit unterstützen und auch für den völkerverhetzenden, kriegslüsternden Imperialismus begeistert eintreten, die größten *Schädiger unsers Gewerbes* sind. Es ist ihnen auch vollkommen klar, daß sie mit ihren heuchlerischen Klagen über die »Not des Gewerbes« und ihrem Entrüstungsgetöse über die gewerbeschädigende Zollpolitik des Reiches nur noch Kinder in der Politik über die Tatsache hinwegtäuschen können, daß sie selbst die sind, die den Niedergang unsers Gewerbes verschuldet haben. Sie wissen auch, daß sie sich nur noch bei ganz Dummen als Retter unsers lithographischen Berufes aufspielen können. Weil es an dem ist, darum preisen sie sich jetzt so überlaut als Unschuldengel und verdächtigen andere der Sünden, die sie auf dem Kerbholz haben.

In dem Artikel im *Steindruckgewerbe* über die geschäftliche Lage des deutschen Steindruckgewerbes im Jahre 1911 wird in dieser Verdächtigungskunst geradezu unglaubliches geleistet. Am Schlusse seines Artikels ist man sogar so unverfroren, sich zur folgenden klotzigen Lüge zu versteigen: »Der Schlag, den das Gewerbe erlitten hat, ist viel härter, als es nach außen hin scheint. Die Schuld trägt einmal die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches, das haben wir in unsern letzten Jahresberichten und wo wir sonst Gelegenheit hatten, betont. Die Hauptschuld aber an dem ungünstigen Ergebnis von 1911, das seine Folgen noch auf Jahre hinaus fühlbar machen wird, trägt eine verblendete und irreführende Gehilfenschaft, die grundlos einen Kampf bis aufs Messer heraufbeschworen hat.«

Schlimmer kann man die Tatsachen wirklich nicht mehr vergewaltigen! Der ganze Artikel ist gespickt mit solchen blöden Beschuldigungen unsrer organisierten Kollegenschaft.

Daß es gerade der Schutzverband war, der durch seine Verhöhnung der berechtigten Wünsche unsrer Kollegen den letzten Kampf gewaltsam und absichtlich heraufbeschworen hat, das ist doch so offenkundig, daß man darüber kein Wort mehr zu verlieren braucht. »Grundlos« hat sich auch nicht unsere Kollegenschaft auf diesen vom Schutzverbände frivol heraufbeschworenen Kampf eingelassen. Es ist eben nicht wahr, wie in dem Artikel behauptet wird, daß die Löhne in den letzten Jahren »dauernd

eine steigende Tendenz« gezeigt hätten. Wir haben schon einmal betont, daß gerade im Gegenteil in den letzten Jahren der reelle Arbeitslohn in unserm Gewerbe *gewaltig gesunken* ist und noch viel mehr der relative. Das *Steindruckgewerbe* hat diese Feststellung noch nicht widerlegen können; es beschränkte sich darauf, mit den geringen Erhöhungen des Nominallohnes zu jonglieren. Kein sittlich gebildeter Mensch wird unsern Kollegen das Recht absprechen, zu fordern, daß der Stand ihrer Lebenshaltung wieder auf die alte Höhe gebracht werde. Hat sich doch selbst das *Steindruckgewerbe* in seiner Nummer 22a vom vorigen Jahre zu dem Eingeständnis bequemt, daß jeder ehrliche Arbeiter, der glaubt, daß er mehr leiste, als sein Lohn beträgt, das Recht habe, mehr Lohn zu verlangen und zu kündigen, wenn ihm der Mehrlohn verweigert werde.

Was tat aber der Schutzverband, als in einigen Orten unsere Kollegen die nur zu berechnete Forderung stellten, daß ihr Reallohn der alten Höhe wieder etwas näher gebracht werde? Er knüppelte diese nieder und warf noch obendrein einige Tausend unbeteiligter Arbeiter frivol monatelang auf die Straße! Lieber verpuffte er dabei »Millionen an Werten nutzlos«, als daß er den berechtigten Wünschen der Gehilfen nachgekommen wäre und den Frieden im Gewerbe gesichert hätte! Nun vergießt das *Steindruckgewerbe* in dem angeführten Artikel Krokodilstränen über den Verlust dieser Millionen. Eine erbärmliche Heuchelei ist seine Erklärung, daß es den Unternehmern unmöglich gewesen wäre, die Forderungen der Gehilfen zu erfüllen. *Mit den im Kampfe verpufften Millionen hätte der Schutzverband auf viele, viele Jahre hinaus die Gehilfen befriedigen können!*

Die Schutzverbändler wollen eben unter allen Umständen nicht den Gehilfen ihr Recht zukommen lassen. Sie sind vielmehr bestrebt, sich für die Verluste, die sie durch ihre volksausbeuterische Zollwucherei und ihre imperialistische Hetze auf dem Weltmarkte erleiden, an den Gehilfen schadloos zu halten dadurch, daß sie sich an dem Teil des Produktes vergreifen, der ihnen zukommt. *Sie suchen durch eine Reduzierung des Arbeitslohnes den Fall ihrer Profitrate aufzuhalten.*

Man hat kein Recht, uns vorzujammern, daß die Materialkosten so erheblich gestiegen seien und daß sich bei der kleinen Kundschaft im Inlande eine Geldknappheit bemerkbar mache. Die Schuld an dieser Erscheinung haben sich die schutzverbändlerischen Steindruckereibesitzer selbst zuzuschreiben. Das sind doch alles Folgen der Zollwucherei!

Wir kennen selbstverständlich die »Not des Gewerbes« recht gut. Uns liegt auch recht viel daran, daß unsre Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig bleibe. *Aus diesem Grunde schon bekämpfen wir die ganze Schutzzollpolitik.* Die Schutzverbändler deuten aber die »Not des Gewerbes« in eine *Not der Unternehmer* um. Mit dem Hinweise auf diese angebliche Not der Unternehmer sucht der Schutzverband seine Weigerung, durch eine Aufbesserung unsrer Geldlöhne das Sinken des Standes unsrer Lebenshaltung etwas aufzuhalten, zu rechtfertigen. Die Schutzverbändler könnten solche Aufbesserungen nicht gewähren, weil sonst ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte ganz und gar verloren ginge, so befeuert man. Im Interesse der Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit sollen wir uns in die Verelendung unsrer Lage schicken.

Weil es aber unsre Kollegenschaft nicht richtig findet, daß man den wilden Konkurrenzkampf, den die schutzzöllnerischen Unternehmer durch ihre politischen Treibereien auf dem Weltmarkte entfesselt haben, auf ihrem Rücken austrägt und daß man auf ihre Kosten Schutzkonkurrenz treibt, drum soll sie verblendet und irreführt sein und die Schuld tragen am Niedergang des Gewerbes.

Eine solche Haltung hat im allgemeinen das kapitalistische Ausbeutertum schon von

jeder eingenommen. Aber an das Zunächstliegende: im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der Industrie seinen *Profiten* einmal eine Grenze zu ziehen, hat es noch nie gedacht. Schon vor hundertzehn Jahren erklärte der bürgerliche Nationalökonom Adam Smith:

»Unsre Kaufleute und Unternehmer klagen lebhaft über die schlimmen Wirkungen der *Lohnerhöhungen*, die die Preise erhöhen und dadurch den Absatz ihrer Waren im Inland und Ausland verringern. Sie sagen nichts über die schlimmen Wirkungen *hoher Profite*. Sie schweigen über die verderblichen Wirkungen ihrer eigenen Gewinne. Sie beschwerten sich bloß über die anderer Leute.«

Gewaltige Profite sacken trotz ihrer »Not« auch immer noch unsre Unternehmer ein. Die Berichte der Aktiengesellschaften beweisen dies.

Nach der Meinung des Schutzverbandsblattes gefährden diese *hohen Profite* natürlich nicht die Konkurrenzfähigkeit der Industrie, aber unsre berechtigten Lohnforderungen. Dabei steht doch fest, daß bei Preiserhöhungen die Lohnerhöhungen meist eine untergeordnete Rolle spielen. Lohnerhöhungen müssen nicht notwendigerweise Preiserhöhungen nach sich ziehen. Unter Umständen können sie sogar Preissenkungen hervorrufen. Diese Tatsache wurde auch schon vor hundert Jahren von einem gewissen Ricardo nachgewiesen.

Mit seinem Gerede von der »Not des Gewerbes« und seiner blöden Verdächtigung der angeblich verblendeten und irreführten Gehilfenschaft kann also das Schutzverbandsblatt die Öffentlichkeit nicht über die Sünden hinwegtäuschen, die seine Klienten durch ihre wüsten Scharfmachereien und ihre politischen Treibereien an unserm Gewerbe begangen haben.

Die Lohnforderungen der Gehilfen widersprechen nicht den Interessen des Gewerbes. Bei gutem Willen wäre es den Unternehmern leicht möglich gewesen, diese Forderungen zu erfüllen und den Frieden im Gewerbe zu wahren.

Nun greint das Schutzverbandsblatt aber auch noch über die große Schädigung unsers Gewerbes, durch den Abgang vieler Aufträge nach dem Auslande. Auch hier fällt es uns nicht schwer, den Nachweis zu liefern, daß unsre Unternehmer wieder selbst für diese Erscheinung verantwortlich zu machen sind.

Fr. Schtr.

Verstaatlichung des Kartographiegewerbes?

In der Nr. 20 der »Graphischen Presse« wird in einem Aufsatz, der »Staatliche Konkurrenz gegen Privatbetriebe« betitelt ist, auf einen Versuch der kartographischen Abteilung der Kgl. Preuß. Landesanstalt, Aufträge aus Privatreisen zu erhalten, hingewiesen. Wir können den dort gegebenen Mitteilungen hinzufügen, daß es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen ist, daß die kartographische Anstalt des Großen Generalstabes Privatbetriebe Aufträge größeren Umfanges buchstäblich vor der Nase weggenommen hat. Was früher mehr zufällig geschah, soll nun, wie aus dem genannten Artikel unseres Blattes hervorgeht, planmäßig organisiert und im großen Stil betrieben werden.

Inzwischen hat die Angelegenheit den Reichstag beschäftigt. In der Sitzung vom 11. Mai richtete der Abgeordnete *Paasche* an den Vertreter des Kriegsministeriums die Anfrage, ob die betreffenden Behauptungen der Unternehmerpresse zuträfen und ob die Besorgnisse, die man im Steindruckgewerbe habe, berechtigt seien. Zur Beantwortung der Frage erhob sich ein Generalmajor *Staabs* und eröffnete dem Frager, daß die Landesaufnahme beabsichtige, nur solche Aufträge durch ihre Kartenvertriebsstellen annehmen zu lassen, deren Ausführung auf den von der Landesaufnahme bearbeiteten und herausgegebenen Kartenwerken basiert. Der Herr Abgeordnete *Paasche* gab sich, wie das einem Nationalliberalen geziemt, der noch dazu vollkommener Laie in diesen Dingen ist, mit der Antwort des Herrn Generalmajors zufrieden, und auch das »Deutsche Steindruckgewerbe«, das in seiner Nr. 10 über den Vorgang berichtet, erklärt, daß, wenn es so stehe, alle Besorgnisse ausgeschlossen seien. Aber so ganz geheuer kommt ihm die Sache doch nicht vor. Es teilt nämlich mit, daß in allen Amtsblättern der Provinz Pommern in den letzten Wochen zu lesen gewesen sei, die neu eröffnete Kartenvertriebsstelle in *Stettin* sei bereit, Aufträge auf »kartographische Arbeiten jeder Art«

entgegenzunehmen. Im Anschluß daran empfiehlt das Unternehmerblatt die Angelegenheit der weiteren Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise, damit alle Bestrebungen, der Privatindustrie durch ein aus öffentlichen Mitteln unterhaltenes Institut Konkurrenz zu machen, auf das Entschiedenste im Keime erstickt werden.

In selten schönem Einvernehmen mit dem Organ unserer heißgeliebten Herren Prinzipale bin auch ich der Meinung, daß die beteiligten Kreise die Angelegenheit trotz der Erklärung eines Generalmajors nicht aus dem Auge lassen sollten. Und zu diesen Kreisen gehört m. E. auch die beteiligte Arbeiterschaft.

Die »Graphische Presse« bemerkte am Schlusse ihres Aufsatzes in Nr. 20 allerdings, die Arbeiter hätten keinen Grund, sich um diese Angelegenheit ernsthaft zu kümmern, denn es könne ihnen gleichgültig sein, ob ein Privatunternehmer oder ein Staatsbetrieb ihre Arbeitskraft ausbeutet. Im allgemeinen stimme ich dem zu, in diesem besonderen Falle aber die Dinge leider nicht so einfach, was ich näher darlegen möchte. Unsere etwas genauere Kenntnis der speziellen Verhältnisse des Kartographiegewerbes ist auch der Grund, weshalb wir uns nicht bei der Erklärung des Bundesratsvertreters beruhigen können, wie es Herr Paasche getan hat.

Die kartographische Abteilung muß alljährlich ein gewisses Quantum Arbeit für den Bedarf des Staates leisten. Die Verhältnisse bringen es mit sich, daß die Arbeiten sich zeitweise sehr zusammen-drängen, während zu anderen Zeiten die vorhandenen Produktionsmittel und Arbeitskräfte nicht ausreichend beschäftigt werden können. Das wird vor allem in der Druckerei sehr unangenehm empfunden. Als besondere Kalamität kommt noch hinzu, daß die Arbeitskräfte in der stillen Zeit nicht entlassen werden können, wie es in den Privatbetrieben geschieht. Zunächst wird die Leitung der kartographischen Abteilung bestrebt sein, diese unangenehmen Lücken durch die Aufträge aus privaten Kreisen auszufüllen. Diese oder ähnliche Erwägungen dürften zu den Bemühungen um Aufträge aus privaten Händen geführt haben. Gelingt dieser Versuch, dann bringt er eine wesentliche Verbilligung der Staatsarbeiten mit sich. Dieser Vorteil ist so groß, daß man damit zufrieden sein und auf hohe Verdienste an den Privataufträgen selbst kein Gewicht legen wird. Die Leitung der Abteilung wird aber nicht stehen bleiben, sondern wird darüber hinaus versuchen, weitere Aufträge zu bekommen. Auch der Staatsbetrieb ist ja ausdehnungsfähig. Diese Auffassung müssen wir auch nach der Erklärung des Generalmajors Staabs noch vertreten, denn wollte die Landesaufnahme das nicht, dann hätte sie nicht nötig, einen großen Apparat für die Sache in Bewegung zu setzen. Und es ist auch außer Zweifel, daß ihr das gelingt, denn die kartographische Abteilung kann aus dem obengenannten und einigen anderen Gründen billiger produzieren als der Privatbetrieb. Der Staatsbetrieb ist auch mit so vielseitigen und vortrefflich ausgebildeten Arbeitskräften und so vollkommenen technischen Hilfsmitteln versehen, daß er allen Anforderungen gewachsen ist. Dazu kommt noch, daß der Generalstab im Besitze des Urheberrechtes an allen von ihm herausgegebenen Kartenwerken ist. Diese Kartenwerke dienen den meisten Privatbetrieben als Grundlage für sehr viele ihrer eigenen Arbeiten. Auf alle diese Arbeiten hat es nach der Erklärung des Herrn Staabs die Landesaufnahme abgesehen und das wäre schon ein beträchtliches Quantum Arbeit. Neuerdings ist auch zu beobachten, daß seitens der kartographischen Abteilung mit großer Schärfe auf die Wahrung des Urheberrechtes gesehen wird. Geht die Leitung in dieser Beziehung noch etwas weiter, dann vermag sie den Privatanstalten ihre wesentlichste Materialquelle stark zu beschneiden und ihnen viele ihrer Aufträge zu entziehen.

Wir sehen also, daß der Staatsbetrieb über ganz vortreffliche Waffen im Konkurrenzkampfe verfügt. Benutzt er sie, dann kann er nach und nach manchem Privatbetrieb das Lebenslicht ausblasen. Wollen die Privatanstalten dieser Konkurrenz standhalten, dann müssen sie ihre Produktion zu verbilligen suchen. Das Mittel hierzu wird aber die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sein. Das ist schon ein Grund, der die Sache für die Arbeiter außerordentlich wichtig erscheinen läßt.

Das ist aber noch nicht alles. Führt die kartographische Abteilung ihren Plan energisch durch, dann ist das Staatsmonopol in der Kartographie in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Im Prinzip brauchen die Arbeiter im Kartographiegewerbe dagegen wohl nichts einzuwenden, nur der Weg, der zu diesem Monopol führen soll, ist zu beanstanden.

In einem Rechts- und Verfassungsstaat sollte es unmöglich sein, daß ein Staatsmonopol auf dem Wege des Niederkonkurrierens der Privatbetriebe durch den Staatsbetrieb entsteht. Ein Monopol darf in einem solchen Staatswesen nur eingeführt werden durch die Gesetzgebung und unter Mitwirkung der Volksvertretung. Darauf muß die Arbeiterschaft schon aus politischen Gründen dringen. Dazu kommen noch wirtschaftliche Gründe,

die uns veranlassen müssen, diese Art der Monopolbildung zu bekämpfen.

Die Arbeitsbedingungen sind heute in der kartographischen Abteilung besser als in den Privatbetrieben. Sie müssen besser sein, weil sich die Kartographen sonst für eine Stellung beim Vater Staat bedanken würden. Das wird sich aber sofort ändern, wenn der Staat auch nur einen überwiegen Teil der Produktion des Kartographiegewerbes an sich gezogen hat. Dann sind vor allem die Kartographen und Kartolithographen gezwungen, im Staatsbetriebe Stellung zu suchen, und sie müssen sich dann die Arbeitsbedingungen diktieren lassen, denn — sie sind ihres Koalitionsrechts beraubt.

Gegenwärtig haben die Kartographen und Lithographen in der Landesaufnahme Beamtencharakter. Als Beamte dürfen sie sich nach preußisch-deutscher Staatsweise weder koalieren noch dürfen sie streiken. Wird der Betrieb in dieser Form fortgeführt und in aller Stille nur erweitert, bis er eine ausschlaggebende oder Monopolstellung erlangt hat, dann verfallen alle Kartographen und Lithographen, die im Staatsbetriebe Stellung nehmen, diesem Schicksal, dann verlieren sie alle ihre Koalitionsfreiheit.

Anders ist es dagegen, wenn das Monopol auf dem Wege der Gesetzgebung und unter dem Einfluß der Volksvertretung zur Einführung gelangt. Dann haben auch die Vertreter der Arbeiter im Parlament die Möglichkeit, ein Wort dabei mit zu reden und dafür zu sorgen, daß den Arbeitern die der Staatsbetrieb von den Privatbetrieben übernimmt, das Koalitionsrecht garantiert wird. Damit ist nicht gesagt, daß ihnen das gelingt, aber das kann uns nicht abhalten, darauf zu dringen, daß dieser allein richtige Weg zur Einführung eines Monopols gegangen wird.

Darum aber müssen auch die Arbeiter von ihren Vertretern im Reichs- und Landtag verlangen, daß sie sich um diese Angelegenheit kümmern. Allerdings sollen sie das nicht tun aus Gründen einer reaktionären Mittelstandspeterei, sondern als Hüter der Rechte der Volksvertretung und des Koalitionsrechts der Arbeiter. Bedauerlicherweise befindet sich die deutsche Volksvertretung bis zum November in den Ferien. Wir müssen inzwischen den weiteren Verlauf der Angelegenheit verfolgen und unsere Beobachtungen, wenn es Zeit ist, den Abgeordneten zuonüglich machen. Der Reichstag darf durch die Madinationen eines dienstfertigen Bureausratens nicht ausgeschaltet werden! Das muß dem Herrn Oberst, der an der Spitze der Kartographischen Abteilung der Landesaufnahme steht, deutlicher gesagt werden, als es der nationalliberale Herr Paasche vermochte.

Hinaus in die Ferne.

Bliebe nicht am Boden haften,
Friede gewagt und Irdisch hinaus!
Kopf und Arm mit heilern Kräften
Überall sind sie zu Haus:
Wo wir uns der Sonne freuen,
Sind wir jeder Sorge los;
Daß wir uns in ihr zerstreuen,
Darum ist die Welt so groß.

Dieser prächtige Goethesche Spruch sollte von allen jungausgelernten Kollegen beherzigt werden!

Nach Beendigung der sogenannten Lehrzeit beginnt oft erst die immerwährende Lernzeit. Lehrlinge werden ja vielfach nur als billige Arbeitskräfte von den Meistern oder in den Fabriken benutzt und immer mit derselben Tätigkeit beschäftigt. In vielen Fällen besteht eine sehr mangelhafte einseitige Lehrlingsausbildung. Besonders in Kleinstädten, alwo die Lehrlinge keine Gelegenheit haben, wie in Groß- und Mittelstädten Fachschulen, Gewerbestalten, Museen u. a. mehr zu besuchen, die teils auch abends und an Sonn- und Feiertagen besucht werden können, ist dieses recht fühlbar. Da ist der Stellenwechsel nach beendeter Lehrzeit, nach Orten mit einem regen geistigen Leben, das beste Mittel zur weiteren Ausbildung.

Ganz falsch ist die Annahme, daß in Großstädten die sogenannte »Verführung« der Jugend größer ist, als in Kleinstädten. Oft ist gerade das Gegenteil der Fall; denn in Großstädten, mit ihren reichen Bildungsmitteln aller Art, werden die Blicke auf andere Dinge gerichtet und manches junge Talent hat schon sein Glück in Großstädten gemacht, während manches Talent in Kleinstädten verkümmert. Der »Horizont« wird in der Großstadt viel weiter, auch schon in der Mittelstadt, als er in der Kleinstadt sein kann.

Dann ist noch etwas anderes, besonders für den Arbeiter, der in Fabriken arbeiten muß, von Vorteil, wenn er in die Fremde geht: Man kann stets beobachten, daß — mit wenig Ausnahmen — solche Arbeiter, die einige Jahre in der Fremde waren, besser bezahlt werden als solche, die nicht von der Scholle weggenommen sind. Nur durch öfteren Stellenwechsel in verschiedenen Städten, ja möglichst sogar in verschiedenen Ländern, ist es manchmal möglich, daß der Arbeiter seine Lage verbessern kann.

Es braucht ja nicht gerade immer zu sein, daß man als Handwerksbursch auf der Landstraße liegen muß, sondern der Arbeiter reist heute vielfach auf »Verschreibung« — also mit sicherer Stellung —

nach einem anderen Ort. Allerdings hat das Wandern zu Fuß, also »auf Schusterschritten«, auch heute noch seinen eigentümlichen Reiz. »Der Erforscher des Volkslebens muß vor allen Dingen auf Reisen gehen. Das versteht sich von selbst. Ich meine aber gehen im Wortsinne, und das verstehen viele nicht von selbst«, schreibt W. H. Riehl, der die »Naturgeschichte des Volkes«, von der wieder die Bände »Land und Leute« und das »Wanderbuch« am interessantesten sind, verfaßt hat.

Riehl ist eher jener gewesen, denen das Wandern zum Leben gehörte, und er kann deshalb die Jugend zum Wandern begeistern, wie kaum ein anderer. Der Dürerbund hat in seiner Sammlung »Der Schnitzgräber«, in Nr. 62, zum Preise von nur 20 Pfennig ein Büchlein »Vom Wandern« von H. W. Riehl herausgegeben, das manchem jungen Wandervogel willkommen sein dürfte.

Wer sich niemals vom Schürzenband der Mutter oder den zarten Händchen der lieben Braut freimachen konnte, der kann auch schwerlich ein tatkraftiger Kämpfer für die Ideale der Arbeiterschaft und ihre Kulturmission werden. Er muß versimpeln und versauern. Darum nochmals, ihr jungausgelernten Kollegen, falls ihr nicht durch ganz besondere Umstände an den Ort gebunden seid, oder auch manchmal gebunden bleibt, so viel als nur möglich hinaus in die Ferne! Niemals werdet ihr es bereuen! Die Fremde bildet! J. M.-D.

Ortsberichte.

Barmen. Die Mitgliederversammlung vom 18. Mai beschäftigte sich besonders mit dem Punkte Agitation. Es wurde dem Gedanken Ausdruck verliehen, das jetzt besonders die Zeit sehr günstig und dazu angetan sei, eine rege Agitation mit Erfolg zu betreiben. Da die Unternehmer alles versuchen, um die Kollegen entweder für die gelbe Organisation zu kaufen oder ihnen die Zugehörigkeit zu unsern Verbänden direkt zu verbieten, müßte es unsere Aufgabe sein, soviel wie möglich aufklärend in den Kollegenkreisen zu wirken, und da sei die »Graphische Presse« als eine Helferin zu betrachten, die von nicht zu unterschätzender Wirkung sein könne. Es wurde dann eine Resolution vorgelegt, die folgenden Wortlaut hatte und einstimmig angenommen wurde: »Es liegt im Interesse aller Kollegen, wenn die mit dem Schutzverband getroffenen Vereinbarungen in sämtlichen Betrieben außerhalb desselben eingeführt werden. Um dies zu erreichen, ist es unbedingt erforderlich, sämtliche noch fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen, weshalb eine rege, allgemeine Agitation entfaltet werden muß. Zu diesem Zwecke ersucht die Barmer Mitgliedschaft den Hauptvorstand dringend, dazu Stellung zu nehmen, die »Graphische Presse« in der Auflage so zu gestalten, das dieselbe als Werbenummer eine Zeit lang mindestens, jedoch auf ein Quartal, den Unorganisierten gratis zugestellt werden kann, um so der gleichzeitig in die Wege zu leitenden Hausagitation einen besseren Rückhalt und Erfolg zu sichern. Ebenso muß während dieser Zeit ein Flugblatt, welches in kurzer Zusammenstellung sämtliche Vorteile hervorhebt, die sich aus der Erwerbung der Mitgliedschaft ergeben, beigelegt oder persönlich vertrieben werden. Über den Abschluß dieser allgemeinen Agitation ist jede Mitgliedschaft verpflichtet, dem Hauptvorstand Bericht zu erstatten.« Es wurde besonders betont, daß die übrigen Zahlstellen zu dieser Resolution ebenfalls Stellung nehmen möchten, um eventuell gleichzeitig in allen Orten spätestens Anfang Juli mit der allgemeinen Agitation beginnen zu können.

München. Im vorigen Jahre hagelte es wegen des Streiks in Niedersiedlitz Strafen wegen »Streikvergehen«. So waren auch zwei Kollegen, die in der Zwischenzeit in Isar-Athen eine Stellung gefunden hatten, vom langen und blindwütenden Arm der Frau Justitia erreicht und sie mußten zu Nutz und Frommen der Stärkung ihres Klassenbewußtseins ihren Teil abbrommen. Dem einen waren 20 Tage, dem andern 4 Tage Zeit zudiktirt worden zur Befestigung des Entschlusses, nicht eher zu rasten, bis an die Stelle einer Gesellschaftsordnung, in der sich die Satten vom Schweiß der Hungrigen mästen, eine gerechte und vernünftige Gesellschaftsform getreten ist. Daß diese Wirkungen auch bei anderen ausgelöst wurden, bewies der Empfang, der ihnen bei der Beendigung ihrer »Strafe« bereitet wurde. Es war ein herrlicher Maientag, als sich die Gittertüre eines jener Häuser, ohne die die heutige Gesellschaft nicht existieren kann — sie werden erst mit ihr selbst verschwinden — sich hinter den »Streiksündern« schloß. »Wir wollen treu und einig sein, ein einig Volk von Brüdern!« scholl es den der Freiheit Wedergegebenen ernst aus ein paar Dutzend Sängerkehlen entgegen. So ist es! Das merkt euch, ihr, die ihr euch ausersehen dünkt, andern ein Urteil zu sprechen! Wenn ihr glaubt, einen von uns zu bestrafen, so trifft ihr uns alle, und das Band, das uns umschlingt, wird nur noch enger und fester und unsre Widerstandskraft wird noch gesteigert werden. Die Folge aller Klassenjustiz muß die Stärkung des Klassengefühls in der Arbeiterschaft sein, das eher oder später zum elementaren Ausbruch drängt.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Vom Unfuge der Preisausschreiben.

Die Unsitte in der Lithographie, Bestellern Entwürfe und Skizzen gratis und ohne Verbindlichkeit zu liefern, wird in jüngster Zeit von verständigen Unternehmern scharf bekämpft. Im allgemeinen bezeichnet man sogar jene Firmen, die es versuchen, durch ein solches Geschäftsgewaren zu Aufträgen zu kommen, als unanständig. Der Fachverband Deutscher Steindruckereibesitzer hat es auch seinen Mitgliedern strengstens untersagt, sich zu Gratislieferungen von Entwürfen und Skizzen herbeizulassen. Natürlich tat er das nicht aus sittlichen Gründen, sondern deshalb, um Schmälerungen des Profits zu verhüten. Er verfiel den kaufmännischen Grundsatz, daß kein Erzeugnis ohne Bezahlung abgegeben werden darf.

In neuerer Zeit haben aber geschäftskundige Verbraucher graphischer Erzeugnisse eine neue Methode erfunden, um auf ganz billige Weise zu einer Unzahl von Entwürfen zu irgendwelchem Zweck zu kommen. Wir meinen die Erlassung der sogenannten Preisausschreiben. Jene Leute, die sich dieser Methode bedienen, genießen dabei noch die große Annehmlichkeit, in der Öffentlichkeit als große Förderer der Kunst zu gelten. Ihre wahre Absicht, mühelos zu großem Gewinn zu kommen, wird dadurch im allgemeinen gar nicht erkannt. In der kapitalistischen Gesellschaft sucht man ja aus allem Geld zu schlagen. Warum sollten da nicht auch gerissene Geschäftsleute auf den genialen Gedanken kommen, den Sinn für Kunst im Volke gewinnbringend auszubeuten?

Wir wollen heute davon absehen, näher zu erläutern, warum diese Preisausschreiber nichts mit der Kunstpflege zu tun hat. Gesagt sei nur, daß die Preisausschreiber ganz anders gehandelt werden müßte, wenn sie der Kunstpflege dienen sollte.

Uns kommt es heute nur darauf an, daß die Kollegschaft zu der Erkenntnis komme, daß wir es in dem Preisausschreiben in der allgemein üblichen Form seiner Anwendung nur mit einem neuen Mittel zu tun haben, dem Arbeiter unentgeltlich eine Arbeitsleistung abzupressen. Daß man in dem Preisausschreiben tatsächlich nur ein solches Mittel zu sehen hat, das beweist auch die Haltung, die unsre Unternehmer zu dieser Frage einnehmen. Der Fachverband Deutscher Steindruckereibesitzer, der doch sonst, wie wir oben hervorgehoben haben, streng das Prinzip vertritt, daß ohne Bezahlung oder ohne Verbindlichkeit keine Arbeit geleistet werden darf, hat nichts dagegen einzuwenden, daß bei dem sogenannten Wettbewerb nach den von ihm bekämpften Sitten verfahren wird. Das erklärt sich daraus, weil die Steindruckereibesitzer bei diesen Wettbewerben stets als Ausbeuter anderer auftreten. Sie beteiligen sich nie an Preisausschreiben, sondern sie erlassen nur solche! Sie bleiben dadurch ihrem Prinzip, keine Ware ohne Bezahlung zu liefern, getreu. Dieses Prinzip gilt bei diesen Profitmicheln ja nur in der Tätigkeitsform und nicht auch in der Leiheform. Sie sagen nämlich nicht, daß sie sich dagegen sträubten, Ware ohne Bezahlung zu empfangen.

So handeln unsre Unternehmer bei Preisausschreiben. Wir meinen, da müßten wir Arbeiter es uns erst recht überlegen, ob wir uns zu einer Verschleuderung unsrer Arbeitskraft bewegen und uns von irgend einem gewinnstüchtigen Spekulanten ohne Bezahlung ausbeuten lassen wollen. Wir dächten, wir würden schon genug an dem Ertrage unsrer Arbeit betrogen, sodaß wir davon absehen könnten, dieser Betrügerei noch freiwillig etwas nachzuhelfen.

Die Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker usw. brachte einmal in der Preisausschreibungsfrage eine recht bemerkenswerte Notiz. Es hieß darin: »Es ist an dieser Stelle wiederholt an unsre Kollegen die Warnung ergangen, sich an sogenannten Preisausschreiben für Plakatentwürfe zu beteiligen, weil derartige Preisausschreiben nur darauf hinauslaufen, möglichst viel Entwürfe für wenig Geld zu erhalten und gleichzeitig durch marktweiser Bekanntheit ihres Preisausschreibens kräftig Reklame zu machen. Das Publikum sieht eben nicht hinter die Kulissen und läßt sich leicht täuschen. In erster Linie sind aber die Getäuschten die, die sich dazu hergeben, ihre Zeit, ihre Schaffenskraft und ihre Arbeit einem ungewissen Gewinne

zu opfern, die mit ihrem Können Lotterien spielen, dabei aber in Ansehung des oft ganz minimalen Treffers, den sie eventuell erringen können, einen zu großen Einsatz wagen usw.«

Wir meinen, hier fänden die Kollegen das voll auf bekräftigt, was wir zu diesem Unfug hier gesagt haben.

Gegenwärtig hat diese Preisausschreiber in unserm Berufe so überhand genommen, daß man geradezu von einem groben Unfug reden muß. Die Kollegen würden staunen, wenn wir von all den Preisausschreibern hier eine Zusammenstellung brächten, die uns in der letzten Zeit bekannt geworden sind. Wir sind dessen sicher, daß sie in Verwunderung kämen nicht nur wegen der großen Zahl dieser Ausschreiben, sondern auch wegen der Lappalien, um die sie in vielen Fällen ergangen sind. Jeder käme auch zu der Überzeugung, daß diesem Unfug nicht mehr länger freie Bahn gewährt werden dürfte.

Das jüngste duftige Erzeugnis auf dem Gebiete der Preisausschreiben stammt von der Nahrungsmittel-fabrik »Kraft« in Cöln-Rodenkirchen. Es wurde in marktschreierischer Weise Mitte Mai in vielen großen bürgerlichen Tageszeitungen veröffentlicht. Das Urteil, das die Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker usw. über die Preisausschreiben abgegeben hat, findet hier wieder seine volle Bestätigung. Die Firma »Kraft« wendet sich mit ihrem Ausschreiben an die lithographischen Anstalten und die graphischen Zeichner und Künstler. Sie verlangt Entwürfe für zwei verschiedene Reklameplakate; eins für ihre Brotfabrik und eins für ihre Keksfabrik. Als Preise setzt sie für die beiden Plakate aus: je einen ersten zu 100 Mk. und je einen zweiten zu 50 Mk. Preisrichter sind der Direktor der Fabrik und ein Architekt und ein Rechtsanwalt. Die prämierten Entwürfe sollen in das unbeschränkte Eigentum der Firma übergehen. Der Bewerber muß sich verpflichten, Entwürfe in gleicher oder ähnlicher Form keiner andern Firma zu liefern. Entspricht keiner der gelieferten Entwürfe den gestellten Bedingungen, so behält sich das Preisrichterkollegium vor, für den besten Entwurf eine Anerkennung bis zur Höhe von 25 Mk. (fünfundzwanzig Mark) zu bewilligen. Die Entscheidungen des Preisrichterkollegiums sollen unanfechtbar sein. Die Entwürfe müssen spätestens bis zum 5. Juni 1912 bei der Firma eingeleistet sein.

Die Bedingungen, die in diesem Preisausschreiben an die Bewerber gestellt werden, sprechen für sich selbst. Natürlich hat man wohlweislich davon abgesehen, sie in dem marktschreierischen Inserat mit anzuführen. Man mußte um ihre Bekanntheit extra nachsuchen. Das gutgläubige Publikum hätte ja auch sonst den Verdacht schöpfen können, daß es dieser »kunstliebenden« Firma nicht um die Förderung der Kunst, sondern nur um die Durchführung einer modernen zugkräftigen Reklame und um die Erlangung recht billiger künstlerischer Entwürfe zu tun sei.

Von unsern Kollegen wird wohl keiner so töricht sein, dieser Firma in der Erreichung ihrer Absichten behilflich zu sein. Wenn die Firma einen guten Entwurf haben will, dann möge sie sich einen solchen bei einer leistungsfähigen Anstalt oder einem tüchtigen Privatzeichner oder sonst einem Künstler gegen entsprechende Bezahlung bestellen.

Unsre Schaffenskraft ist uns viel zu kostbar, als daß wir diese nutzlos verschleudern und mit ihr Lotterien spielen könnten. Solche gerissene Spekulanten, die an uns die unverfrorene Zumutung stellen, ihnen unsre wertvolle Arbeitskraft kostenlos zur Verfügung zu stellen, dürfen bei uns kein Glück haben!

Bescheidenheit.

Motto: Bescheidenheit, Bescheidenheit, Wer möchte ihren Wert ermesen! So mancher rühmt sich ihrer nur, Weil Sauerkraut sein Lieblingsessen. Mündner Jugend.

Eine solche Suche nach billigen bescheidenen Kräften, wie in den letzten paar Monaten, dürfte wohl seit langem nicht dagewesen sein. Man konnte die Beobachtung machen, daß solche Kollegen, die einen Lohn verlangten, der nur halbwegs unsrer sehr teuren Zeit angepaßt war, manchmal gar keine oder eine absaende Antwort erhielten, während billige und allerbilligste Kräfte mit besonderer Vorliebe engagiert wurden. Man hat eben jetzt die Auswahl, da viel zu viele unsern Beruf erlernt haben, und davon macht man den ausgiebigsten Gebrauch. Manche junge Kollegen glaubten, bei der Bescheidenheit ihrer Ansprüche müßten sie die Stelle erhalten. Es hatten sich aber noch billigere gemeldet, und diese bekamen den Vorzug.

Man kann wirklich sagen, daß manche junge Kollegen an einer allzugroßen Bescheidenheit in punkto Lohnforderungen leiden. Sobald ein Unter-

nehmer schreibt, daß der geforderte Lohn für das Alter zu hoch sei, gehen sie gleich herunter; ja manche »leiden« diese Lohnrückerei ohne zu klagen.

In ihrer Bescheidenheit denken sie gar nicht daran, daß sie ihre Kollegen in den mittleren und sog. »besseren« oder gar »besten« Mannesjahren direkt oder indirekt schädigen. Uns ist der krasse Fall von Bescheidenheit bekannt, daß ein nicht mehr junger, schon halb bucklig abgeraderter Arbeiter zu seinem »Prinzipal« sagte, als dieser ihm freiwillig eine Zulage gab: »Aber Herr N., das kann ich nicht annehmen, das kann ich ja gar nicht verdienen!«

Ein Gegenstück zu dieser schon mehr als krankhaften Bescheidenheit ist uns im eigenen Berufsleben begegnet. Ein junger Kollege bildete sich ein, daß er den Lohn nicht verdienen könnte, den sein Vorgänger erhalten hatte, weil er in seiner Lehrzeit nicht genug gelernt hätte und immer nur andre Arbeiten habe machen müssen, die nicht direkt zum Berufe gehörten.

Manche lassen sich auch von den Unternehmern einschüchtern. Sie lassen sich mit der Phrase von dem noch zu »jungem Alter« betören. Wie die Unternehmer solche Bescheidenheit besonders dann ausnutzen, wenn auch noch die Unvorsichtigkeit begangen wird, nicht gleich einen festen Lohn schriftlich auszumachen, davon sei hier ein Beispiel aus unsrer langjährigen Erfahrung erwähnt.

Kommt da ein junger Lithograph aus einer ganz vorzüglichen Lehre, aus einer Lehre, wo er tatsächlich vielseitig und tüchtig ausgebildet worden war und in die er auch ein schönes Talent und die nötige Lust und Liebe zum Berufe mitgebracht hatte, in seine erste Gehilfenstelle. Er hatte aus Bescheidenheit vorher keinen festen Lohn ausgemacht. Nach der ersten Woche gibt man dieser ganz außerordentlich tüchtigen Kraft einen Wodenhohn von 16 Mk. (mit Worten: Sedzehn »Emmden«.) In seiner Bescheidenheit nahm der junge Künstlerlithograph auch mehrere Wochen damit fürlieb. Da es ihm aber dann doch zu dumm wurde, suchte er sich eine andre Stelle. Er fand auch bald eine solche auswärts. Als er kündigte, bot man ihm 30 Mk. (Dreißig Mark) und auch event. noch mehr, wenn er nur dableiben würde.

Aber die Bescheidenheit hatte bei diesem Lithographen ein Ende gefunden; sie war eben zu sehr mißbraucht worden. Der Kollege blieb nicht und machte auch sein Glück!

Weil in dem Motto aus der Mündner »Jugend« vom »Sauerkraut« die Rede ist, fällt uns ein, daß wir in unsrer Jugend zwei Brüdern, einem Kunstmalern und einem Bildhauer, manchmal für wenige Pfennige Sauerkraut holen mußten. Es war wahrscheinlich manchmal das Mittagessen der bescheidenen Künstler. Aber auch diese schüttelten die Bescheidenheit ab und zogen in eine große Kunststadt, allwo sie bessres Brot verdienten. — Δ

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachsdruck-, Zeug- und Selden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstr. 24.

Aus den Sektionen.

Dessau. In unserer Mitgliederversammlung vom 18. Mai war die Firma Jentzsch & Eger, Anhalter Druckwalzen- und Formen-Fabrik, Gegenstand einer längeren Diskussion. Veranlassung hierzu gab die Entlassung eines Kollegen, der verheiratet und Ausländer ist. Die Tatsache der Entlassung selbst ist es nicht etwa, die uns besonders aufregt und nötigt, der Firma an dieser Stelle einiges ins Stammbuch zu schreiben. Vielmehr ist es die Art und Weise, mit der sich besagte Firma, speziell Herr Jentzsch, über gemachte Versprechungen in bezug auf Beschäftigung der Kollegen während der flauen Zeit hinwegsetzt. Herr Jentzsch ist doch selbst lange genug Gehilfe gewesen, um zu wissen, wie sehr gerade ein verheirateter Kollege unter öfterem Stellungswechsel zu leiden hat. Nutzt man etwa die Unkenntnis mit den deutschen Berufs- und Konjunkturverhältnissen eines Kollegen, den man, als die Ware Arbeitskraft gesucht war, sogar vom Ausland nach hier kommen ließ, in dieser Weise aus? Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen, so dachte jedenfalls auch Herr Jentzsch und versteckte sich, um unangenehmen Erinnerungen des betroffenen Kollegen zu entgehen, tapfer hinter seinen Kompagnon. Das war kein Heldenstück, Oktavio! Den Kollegen aber, insbesondere denen vom Ausland, sei angesichts dieser Tatsache erneut die Bedeutung unserer Auskunfts-karte als Sicherheitsventil gegen Unternehmerwillkür in Erinnerung gebracht.

»Der Angelobungseid der Untertanen ist allerdings ein wohlbedachtes Versprechen. Aber der Mensch kann nichts versprechen, er kann sich an nichts binden, was gegen seine Bestimmung ist. Versprechen der Sklaverei ist durchaus widerrechtlich.«

»Die Treue gegen einen Herrn (Untertanentreue) ist Tugend des Hundes.«

Johann Gottlieb Fichte.

Feuilleton.

Bekennnis.

Dies ist das Große, was die neue Lehre verkündet: daß sie den Menschen hinstellt als Arbeiter auf Erden, so auch den Arbeiter hinstellt als Menschen auf Erden, was er bis heute noch nie gewesen war; daß sie den Menschen hinstellt in den Weltraum und auf Erden; die Arbeit hinter ihm, die Gleichheit unter ihm, die Liebe zu seiner Linken, die Gerechtigkeit zu seiner Rechten, die Wahrheit vor ihm und die Freiheit über ihm, aber die Schönheit in ihm!

L. Jakoby.

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt.

Die vom Deutschen Reich im Jahre 1903 eingerichtete und dem Reichsamt des Innern unterstellte Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg, Frauenhoferstraße 11 12 umfaßt zurzeit die weitaus reichhaltigste Sammlung aller für Arbeiterschutz und Arbeiterwohlfahrt in Frage kommenden Einrichtungen. In der 3744 qm Ausstellungsfläche bietenden Halle sind einmal die dem heutigen Stande der Technik entsprechenden zahlreichen Vorrichtungen des Unfallsschutzes der verschiedensten Industriezweige, zum andern gemeinverständliche Darstellungen über Einwirkung der gewerblichen Arbeit auf die Gesundheit, Schutz der Arbeiter gegen Erkrankungen, gewerbliche Gesundheitslehre u. a. m. ausgestellt. Auch der Ernährungsfrage, dem Wohnungswesen und der übrigen Fabrikwohlfahrt in weitestem Sinne sind besondere Darstellungen gewidmet. Die Hauptabteilungen sind in einzelne Gruppen geteilt, nach denen die entsprechenden Ausstellungsgegenstände aufgestellt werden.

Von den zurzeit bestehenden 32 Gruppen dürfte die Gruppe 16 »Papierindustrie und polygraphische

Gewerbe« die Leser dieses Blattes besonders interessieren. Neben Zeichnungen und Photographien finden sich zahlreiche Spezialmaschinen mit den verschiedenartigsten Schutzvorrichtungen, die in betriebsmäßiger Weise, sei es durch Transmissionswellen oder direkten elektrischen Antrieb bewegt, vorgeführt werden. An betriebsmäßig vorgeführten, kompletten Maschinen mit Schutzvorrichtungen haben ausgestellt die Firmen: Gebr. Brehmer, Leipzig-Pl., Drahtheftmaschinen für Broschüren und Kartonnagen; F. W. Heim, Offenbach a. M., Papierschneidemaschine mit Selbstpressung für alle Höhen; Rokstroh & Schneider Nachf. A. G., Dresden-Heidenau, Tiegeldruckpresse; Sächsische Kartonnagen-Maschinen A. G., Dresden-A., Pappenbiegemaschine und Universalschlitzzmaschine mit Winkelschnitt zum Eckenausstoßen und Schlitzschneiden; Schnellpressenfabrik Frankenthal, Albert & Co., A. G., Frankenthal, Schnellpresse; Kohlbad & Co., Leipzig-Pl., Bronzedruck- und Abstaubmaschine mit Staubsauger. Die Erste Mannheimer Holztypen-Fabrik Sachs & Co., Mannheim, hat einen Schriftkasten mit Drahtgewebelinlage zur leichten Beseitigung des Staubes ausgestellt. Daneben zeigt A. Serényi, Berlin C. 2, einen fahrbaren Staubsaugeapparat, der zum Entstauben der Setzkästen Verwendung findet und ein Aufwirbeln des gesundheitsgefährlichen Bleistaubes vermeidet.

Erwähnt seien ferner noch die in Gruppe 3 »Transmissionen« ausgestellten zahlreichen Riemenauf- und -ableger, Wellenleitungsleitern, verschiedene Sicherheitseinrichtungen für Transmissionsanlagen, sowie die in den vorhandenen einzelnen Transmissionsen der Ausstellung eingebauten Ausrückvorrichtungen zum sofortigen Stillsetzen ein Transmissionswelle.

Diese kurzen Angaben mögen zur allgemeinen Orientierung über die Gruppen »Papier-Industrie und polygraphische Gewerbe« und »Transmissionsgenügen; ein umfassendes Verzeichnis aller ausgestellten Gegenstände, auch der übrigen Gruppen, findet sich in dem soeben in neuer Auflage erschienenen Katalog der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, der von der Verwaltung herausgegeben, einem jeden Besucher oder Interessenten kostenlos zur Verfügung steht.

Um die Ausstellung dem Publikum in möglichst weitgehenden Maße zugänglich zu machen, ist sie nicht nur wochentäglich, mit Ausnahme des Montags, von 10—1 Uhr, am Dienstag und Donnerstag abends

von 6—9 Uhr, sondern auch jeden Sonntag von 1 bis 5 Uhr nachmittags dem Besuche geöffnet.

Die Ausstellung liegt etwa 4 Minuten vom sog. »Knie« in Charlottenburg; »Knie« ist Station der Hoch- und Untergrundbahn, sowie Haltestelle der elektrischen Straßenbahnen N, P, Q, R, U, T, W, Z, 64.

Der Besuch der Ausstellung ist unentgeltlich und sowohl für den Einzelnen, wie für Körperschaften findet auf Wunsch Führung statt, bei der die ausgestellten Maschinen mit ihren Schutzvorrichtungen in betriebsmäßiger Form vorgeführt, sowie alle gewünschten Erläuterungen gegeben werden. X

Vom Büchertisch.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Jahrgang 1912, Nr. 14 bis 17. Preis pro Heft 10 Pf.

Wissenschaftliche Rundschau. Halbmonatsschrift für die Fortschritte aller Wissenschaften. Herausgeber Dozent M. H. Baese. Theodor Thomas Verlag, Leipzig. Jahrgang 1911/12, Heft 15 und 16. Abonnementspreis 2 Mk. vierteljährlich.

Die großen Utopisten (Fouquier — Saint-Simon — Owen). Von Wilhelm Hansenstein. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 68 Seiten 8°. Preis 1 Mk., Vereinsausgabe 40 Pf.

Das Büchlein gibt sich als anspruchsloses Hilfsmittel für Leser, die sich in die Geschichte des älteren vormaligen Sozialismus einführen lassen wollen und sieht seinen Zweck in einer pädagogisch-didaktischen Behandlung eines Stoffes, der sonst nur in umfangreicheren und schwierigeren Werken bearbeitet ist. Wenn auch die geistige Hinterlassenschaft der großen Utopisten, die man als Klassiker des vormaligen Sozialismus bezeichnen kann, heute im großen ganzen keinen unmittelbaren praktischen theoretischen Wert mehr besitzt, so ist damit doch nicht gesagt, daß diese drei Männer für den Arbeiter von heute belanglos seien; denn gerade aus der Erkenntnis der Irrtümer der Utopisten gewinnt der moderne Arbeiter eine größere Sicherheit des eigenen Standpunktes.

Zur Hälfte des Preises!

Nur soweit Vorrat. 1 Posten garantiert Prima Tangierfilms und Apparate, wunderbar glatt druckend, elastisch, straff, hohes Relief, äußerst durchsichtig, kein Braunwerden. F. Trommer, Leipzig, Gretschelstraße 11.

Stellenangebote

Chiffre - Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- und Fotomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule

Barmen

Farbenätzer für Drei- und Vierfarbendruck

gesucht. Nur wirklich tüchtige Herren wollen sich melden. [360] Adolf Klauß & Co., Leipzig, Kreuzstr. 5.

Gesucht 2 erstklassige **Auto-Ätzer** sowie **1 Auto- u. Strich-Ätzer** Köhler & Lippmann, [210] Braunschweig

Photograph für Auto und auch **Ätzer** für Auto und Strich. **Relisheur** und **Zeichner** gesucht. Carl Boeber, Klischeeanstalt, Erfurt

Mehrere tüchtige **Messingstecher** sucht durch den Arbeitsnachweis bei dauernder Beschäftigung auch im Sommer zum sofortigen Eintritt [270] Otto Peters, Formstecherei, Berlin, Kopenhagenerstraße 31

Bon ouvrier **galvanoplaste** connaissant simili est demandé de suite. Conditions avantageuses. Ecrire [210] Albert Vaney Lyon-Villeurbanne, 89, rue alsace.

Verschiedenes

Gebrüder Stärzl, München Fabrikation v. Rouletten, Stichel, Polierstählen, Grundfräsern etc. — Katalog gratis und franko. —

Kl. Buchdruckerei-Einrichtungen

(fachmännisch sortiert) ALEXANDER GRUBE, LEIPZIG, Talstraße 22

Karl Rettig's Zinkdruckätze

ermöglicht ein tadelloses Drucken von Zink [180] Berlin S. W. 29, Solms - Straße 12

„**Matt-Lak**“ Bester Farbenkleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—

„**Harmalein**“ Vorzüglicher Stoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„**Bronsol**“ Gibt festsitzende, glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. **Gegen Nachnahme.** Kunden erhalten kostenlos Tonschutzrezept gratis. F. Hantke, Hamburg 22, Wohltdorferstr. 60. [300]

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe liefert Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.

Lithographen - Diamanten für Hand und Maschine.

- No. 72 Schrift-Diamant m. Naturspitze f. Lithogr., p. Stck M. 54.— 7.— 9.—
 - No. 73 Vierkantig geschliff. Schrift-Diamanten, bes. f. engl. Schrift u. Kupferstecher zu empfehlen, per Stück M. 12.— 14.— 16.— 18.— 20.—
 - No. 74 Scharfrundgeschliffener Schrift-Diamant für englische Schrift und Kupferstecher, per Stück M. 14.— 16.— 18.— 20.— 24.—
 - No. 75 Dreikantig geschliff. Maschinendiamant z. Gravieren, p. St. M. 7.— b. 12.—
 - No. 76 Maschinendiamant m. Naturspitze z. Gravieren, p. St. M. 4.— bis 8.—
 - No. 77 Masch.-Diamant, konz. geschliff. f. Asphaltarb., p. St. M. 12.— bis 20.—
 - No. 78 Saphir, konzentr. geschliffen f. Asphaltarbeiten p. St. M. 7.— bis 13.—
 - No. 80 Federndr. Diamant z. Ziehen v. Punktierlinien, p. St. M. 4.— bis 6.—
 - No. 81 Zirkeldiamant, per Stück M. 3.— bis 4.—
 - Glasschneide - Diamanten**, per Stück M. 3.— 6.— 8.— 10.—
 - Universal-Glasschneidediamanten**, per Stück M. 8.— 10.— 12.— 15.—
- Reparat. sämtl. Diamantwerkzeuge werden prompt u. bill. ausgeführt

Urbanek & Co., Berlin W. 15, Uhland-Straße 52.

Sommerfrische! Tambach i. Th.-W. 500 m ü. M. Empfehle werten Kollegen zur Erholung angenehme ruhige Sommerfrische 1 Min. von Nadel-Wald entfernt. Wohnung pro Woche 7,— Mk. Volle Verpflegung v. 3.— Mk. an. Elektr. Licht. Dunkel-Kammer. Bad i. Hause. **Hugo Linz**

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Scheuditz.**

Verbandsnachrichten

Der Aufenthalt des Steindruckers **Karl Müller**, geboren in Ludwigsburg am 3. Mai 1876, wird gesucht. Nachricht erbittet **Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstraße 27.**

Achtung! Achtung! **Zahlstelle Fürth i. B.** Die Kassengeschäfte werden bis auf weiteres vom Vorsitzenden **Hermann Rieß, Kaiserplatz 3, II,** erledigt. **Die Verwaltung.**

Der Kollege **Wilh. Wunderlich**, Steindrucker, Buch-No. 21795 wird ersucht seine Adresse an Unterzeichneten einzusenden. Gleichfalls werden die Zahlstellen darum gebeten, den Aufenthaltsort anzugeben. **Albert Lindner, Vorsitzender, Frankfurt a. O., Gr. Müllroserstr. 23 b**

München II

(Chemigraphen) Alle Korrespondenzen und Auskunft erledigt bis auf weiteres **S. Adlerstein, Fasaneriestr. 4, II.**

Bei der Abreise unseres eifrigen und langjährigen Kassierers **Josef Steinbacher** rufen wir ihm ein **herzliches Lebewohl** nach und wünschen ihm in seinem neuen Wirkungskreise **Herrnsau** viel Glück. **Verband d. Lithogr. u. Steindr. Zahlstelle Fürth, Schwabach. Kranken- und Sterbekasse Sitz Nürnberg. Gegr. 1867.**